

# Geschichte Deutschlands

Der Artikel **Geschichte Deutschlands** fasst die geschichtliche Entwicklung sowohl des heutigen Deutschland als auch seiner historischen Territorien und Regionen im Überblick zusammen. In diesem Sinn werden Gebiete mit berücksichtigt, die über das Staatsgebiet der heutigen Bundesrepublik hinausgehen, und es wird auf das Geschehen aktueller oder ehemaliger Länder eingegangen, die sprachlich, kulturhistorisch oder territorialpolitisch mit dem auch als *Deutsche Geschichte* bezeichneten Thema in Verbindung stehen.

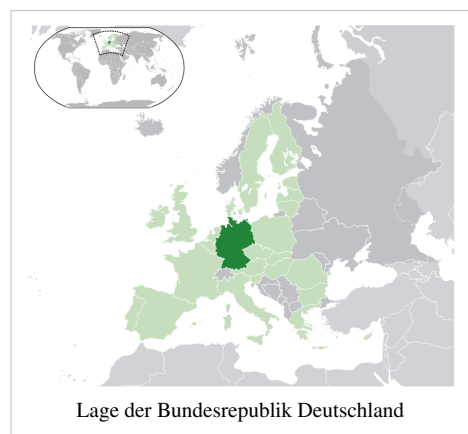
(Vergleiche *Übersicht unter Deutschland*.)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wurden 1949 gegründet; 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Der deutsche Nationalstaat, dessen staatsrechtlicher Status und völkerrechtliche Identität mit der Bundesrepublik fortgesetzt wird, besteht als solcher seit 1871, wenn auch mit territorialen Veränderungen und wechselnden politischen Systemen. Er war ursprünglich ein Zusammenschluss verschiedener souveräner Einzelstaaten des deutschen Sprachraums, die – nur lose miteinander verbunden – wechselnde Bündnisse untereinander eingegangen waren und sich teilweise auch gegeneinander in militärisch ausgetragenen Konflikten feindlich gegenüber standen.

Der Schwerpunkt in diesem Überblick liegt auf politischer beziehungsweise Ereignisgeschichte der genannten Regionen, zurückgehend bis zur archäologisch erfassbaren Vorgeschichte. Dagegen finden sich strukturgeschichtliche Themen (Sozialgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Kulturgeschichte u. a.) eher in den Hauptartikeln der einzelnen Epochen, auf die im Artikel hingewiesen wird.

## Vorgeschichtliche Zeit

Der älteste Nachweis von Vertretern der Gattung *Homo* auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik ist der 600.000 oder 500.000 Jahre alte Unterkiefer von Mauer, des Typusexemplars von *Homo heidelbergensis*. Etwas jüngere Funde stammen vom Fundplatz Bilzingsleben sowie von *Homo steinheimensis*; bekannte Funde sind schließlich auch die Schöninger Speere. Aus *Homo heidelbergensis* ging vor 130.000 Jahren der Neandertaler (*Homo neanderthalensis*) hervor, der – sofern die klimatischen Bedingungen es zuließen – nahezu 100.000 Jahre lang auch in Deutschland lebte. Da Deutschland während der letzten Phase der Eiszeit zur Kältsteppe (Tundra) wurde und die polare Vereisung bis ins nördliche Niedersachsen vordrang, dürfte Deutschland während des mittleren Aurignacien bis weit in das Mittelpaläolithikum hinein so gut wie unbewohnt gewesen sein, und Spuren menschlicher Besiedlung fehlen für sehr lange Zeit. Spuren des zugewanderten modernen Menschen (*Homo sapiens* der Cro-Magnon-Epoche) wurden in den Höhlen der Schwäbischen Alb gefunden, etwa die 35.000 bis 40.000 Jahre alte Venus vom Hohle Fels, die weltweit älteste gesicherte Darstellung eines Menschen. In der Jungsteinzeit entwickelten sich Ackerbau, Viehzucht und feste Siedlungsplätze. Aus dieser Zeit sind einige Funde erhalten, wie etwa die in Sachsen-Anhalt gefundene Himmelscheibe von Nebra, eine Metallplatte mit Goldapplikationen aus der Bronzezeit, die darauf hindeutet, dass schon um 2000 v. Chr. in dieser Region Astronomie betrieben wurde, und die damit die älteste konkrete Himmelsdarstellung ist, die weltweit je gefunden wurde.



## Ethnogenese

In der Jungstein- und Bronzezeit wurde das Gebiet des heutigen Deutschland nach- und nebeneinander von der bandkeramischen, der schnurkeramischen und der Glockenbecherkultur besiedelt. Allmählich bildeten sich in der Bronze- und Eisenzeit in diesen Regionen verschiedene indoeuropäisch sprechende Volksgruppen und Stämme heraus. Diese entstanden aus eingewanderten indoeuropäischen Stämmen bzw. deren Nachfahren, die sich mit den seit Ende der letzten Eiszeit ansässigen „Ureinwohnern“ und auch später fortwährend mit durchziehenden Völkern bzw. Siedlern (Ethnogenese) vermischten. Die Nachfahren der in Nordeuropa und Norddeutschland auf dem Gebiet der Nordischen Bronzekultur siedelnden Gruppen wurden in der Antike unter dem Begriff Germanen zusammengefasst. Weitere Gruppen waren unter anderem:

- die indogermanischen Kelten, die Europas Kultur in weiten Landstrichen bis zur Spätantike prägten, im Gebiet des heutigen Süddeutschland.
- die von den Germanen als Wenden (lat. *Veneti*) bezeichnete Ethnie, die in der Antike als eigenständige indogermanische Volksgruppe östlich der Germanen siedelte. Nach der Völkerwanderung übertrugen die späteren *Deutschen* diesen Namen auf eingewanderte westslawische Stämme in der Gegend des heutigen östlichen Niedersachsen (Wendland), des östlichen Holstein (mit Liubice/Lübeck), Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns (mit Vineta/Jumme), die sich ihre Selbständigkeit bis zu ihrer Unterwerfung im Gefolge des „Wendekreuzzugs“ im 13. Jahrhundert erhielten.
- der so genannte Nordwestblock, Bevölkerungsgruppen im nordwestlichen Mitteleuropa, die in den letzten Jahrhunderten v. Chr. eine vom Keltischen und Germanischen verschiedene indoeuropäische Sprache sprachen und um Christi Geburt germanisiert wurden.

Während der Ausbreitung des Römischen Reiches und später während der Völkerwanderung siedelten dazu Römer im Raum des heutigen Süd- und Westdeutschland, deren Truppen den Süden und Westen Germaniens entlang der Donau und des Rheins bis etwa ins 5. Jahrhundert besetzten. Diese stammten als Legionäre aus sehr unterschiedlichen Regionen des römischen Reiches wie z. B. Hispanien, Illyrien, Syrien, Gallien, Afrika. Während der Völkerwanderung blieben dazu Angehörige weiterer Volksgruppen wie etwa der Sarmaten oder Hunnen im Gebiet des heutigen Deutschland zurück.

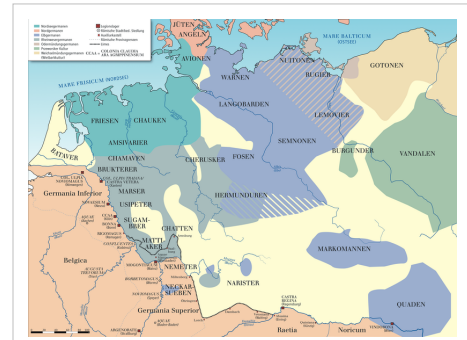
Nach der Abwanderung fast aller Germanen östlich der Elbe wurden diese Gebiete von Slawen besiedelt, deren Land erst durch die Ostkolonisation deutscher Zuwanderer vom 11. Jahrhundert bis zum 14. Jahrhundert sowie später im Rahmen der Eingliederung ins Heilige Römische Reich wieder Bestandteil der deutschen Geschichte wurde.

Aus all diesen Menschen bildete sich (mit späteren Einwanderern) das heutige deutsche Volk, das durch die Völkerwanderung und die Reichsbildung der Franken sprachlich überwiegend germanisch, jedoch durch das Erbe des Römischen Reiches und das Christentum kulturell stark romanisch geprägt wurde. Insofern ist es gerechtfertigt, seine Geschichte mit den germanischen Stämmen der Antike beginnen zu lassen.

## Antike

Erste Erwähnung finden einige keltische und germanische Stämme bei den Griechen und Römern (v. A. Caesar und Tacitus) in der vorchristlichen Zeit. Um 500 v. Chr. war der Raum des heutigen Süddeutschland keltisch und derjenige des heutigen Norddeutschland germanisch besiedelt. Die Germanen wanderten im Laufe der Jahrhunderte südwärts, so dass um Christi Geburt die Donau die ungefähre Siedlungsgrenze zwischen Kelten und Germanen war. Hierdurch gelangten keltische Orts- und Gewässernamen sowie keltische Lehnwörter in den germanischen Wortschatz.

Von 58 v. Chr. bis etwa 455 n. Chr. gehörten die Gebiete westlich des Rheins und südlich der Donau zum Römischen Reich, von etwa 80 bis 260 n. Chr. auch ein Teil Hessens (Wetterau) sowie der größte Teil des heutigen Baden-Württemberg südlich des Limes. Die römischen Gebiete im heutigen Deutschland verteilten sich auf die Provinzen *Germania Superior*, *Germania Inferior* und *Raetia*. Auf die Römer gehen Städte wie Trier, Köln, Bonn, Worms und Augsburg zurück, die zu den ältesten Städten Deutschlands zählen. Die Römer führten Neuerungen in Hausbau und Handwerk ein, die zum Teil bis heute fortwirken. Zur Sicherung der Grenzen siedelten die Römer befreundete germanische Stämme in den Provinzen an. Auch Siedler aus allen Teilen des Römischen Reiches, insbesondere aus Italien, wanderten ein und wurden westlich des Rheins und südlich der Donau sesshaft. Eine erste Geschichte Gesamtgermaniens liefert im Jahr 98 der römische Schreiber Tacitus.



Germanische Stämme um 100 n. Chr. (ohne Skandinavien)

## Mittelalter

*Hauptartikel: Deutschland im Mittelalter*

### Frühmittelalter etwa 395 bis 919

*Hauptartikel: Deutschland im Frühmittelalter*

Nachdem viele germanische Stämme schon ab dem 1. Jahrhundert nach Süden drängten, wird seit dem Einfall der Hunnen 375 von der Völkerwanderung gesprochen, die im 5. Jahrhundert ihren Höhe-, im 6. Jahrhundert ihren Schlusspunkt fand und 476 zum Untergang Westroms führte. Viele germanische Stämme wanderten damals nach West-, Ost- und Südeuropa bis hin nach Nordafrika. In die nunmehr fast menschenleeren Gebiete des heutigen Ostdeutschland wanderten im 7. Jahrhundert bis zur Elbe-Saale-Linie slawische Stämme ein. Fast im gesamten Raum östlich der Elbe wurde daher bis ins hohe Mittelalter slawisch gesprochen (*Germania Slavica*), in der Lausitz leben bis heute die slawischen Sorben. Sprachforscher schätzen, dass etwa ein Drittel der heutigen deutschen Familiennamen slawischen Ursprungs sind. Der Hauptteil West- und Mitteleuropas wurde ab dem 6. Jahrhundert vom Frankenreich eingenommen, das heutige nordwestliche Deutschland von den Sachsen beherrscht.

Das Frankenreich Karls des Großen, für das vor allem die Merowinger die Grundlage gelegt hatten, einte das Gebiet des kontinentalen Europa zwischen Atlantik, Ostsee und Alpensüdrand. Nach Karls Tod wurde es 843 im Vertrag von Verdun unter seinen Enkeln dreigeteilt. Das Westfrankenreich sollte die Grundlage vor allem für die Entwicklung des Königreichs Frankreich bilden. Das Ostfränkische Reich ist eng mit der Geschichte des späteren Heiligen Römischen Reiches verknüpft.

Mit der Teilung des Frankenreichs 843 begann sein Zerfall. Der Sohn Karls des Großen, Ludwig der Fromme, konnte dessen Einheit noch wahren. Als Nachfolger bestimmte er seinen ältesten Sohn Lothar I..

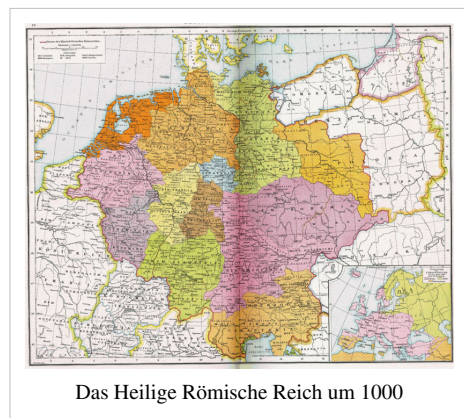
Dieser bekam das Mittelreich und die Kaiserwürde, Karl der Kahle den Westteil und Ludwig der Deutsche den Ostteil. Nach dem Tod der Söhne Lothars I. wird das einstige Mittelreich aufgeteilt unter Karl dem Kahlen und Ludwig dem Deutschen. Nach Ludwigs Tod 876 wird dann das ostfränkische Reich unter seinen drei Söhnen Karlmann, Ludwig dem Jüngeren und Karl dem Dicken ebenfalls aufgeteilt. 880 wird die Grenze zum westfränkischen Reich festgelegt, die das gesamte Mittelalter beinahe unverändert das Deutsche Reich von Frankreich scheiden sollte. Der ostfränkische König Karl der Dicke konnte nach dem Tod seiner Brüder und des westfränkischen Königs das Fränkische Reich nochmals kurze Zeit vereinigen, wurde aber nach kraftloser Herrschaft im Osten von seinen Neffen Arnulf von Kärnten, einem Sohn Karlmanns, 887 verdrängt. Mit Arnulfs Sohn Ludwig dem Kind starb 911 der letzte ostfränkische Karolinger. Um ihre eigene Macht nicht zu gefährden, wählten die Herzöge den vermeintlich schwachen Frankenherzog Konrad I. zu ihrem König (911–919).



## Hochmittelalter

### Ottonen 919 bis 1024

Konrad I. (911–919), der nach seiner Wahl erfolglos die karolingische Tradition bewahren wollte, folgte der Sachsenherzog Heinrich I. aus dem Geschlecht der Liudolfinger oder Ottonen nach. Heinrich I. verteidigte das Reich gegen Einfälle von Ungarn und Slawen. Neben dem fränkischen Erbe trat nun immer mehr eine eigene gemeinsame Identität hervor. Zum Nachfolger bestimmte Heinrich I. seinen Sohn Otto I. Dieser versuchte zuerst die neu entstandenen Stammesherzogtümer seiner Macht zu unterstellen, stützte sich jedoch zur Sicherung seiner Macht immer mehr auf die Kirche (Reichskirchensystem). 955 besiegte Otto die Ungarn in der Schlacht auf dem Lechfeld – dieser Sieg ist später zur Geburtsstunde der Deutschen stilisiert worden.<sup>[1]</sup> <sup>[2]</sup> 950 wurde Böhmen und ab 963 Polen zeitweise lehnsabhängig vom



römisch-deutschen Herrscher. Otto erweiterte sein Herrschaftsgebiet um Teile Italiens. Nach der Heirat mit Adelheid von Burgund nannte er sich eine kurze Zeit König der Langobarden. 962 erreichte Otto endgültig seine Anerkennung als König von Italien und danach die Kaiserkrönung durch den Papst. In Süditalien geriet er in Konflikt mit dem byzantinischen Kaiser. Sein Sohn Otto II. heiratete schließlich die Kaisernichte Theophanu, Süditalien verblieb jedoch bei Byzanz. Otto II. erlitt 982 gegen die Araber eine vernichtende Niederlage. Die Gebiete östlich der Elbe (Billunger Mark und die Nordmark) gingen im großen Slawenaufstand größtenteils für etwa 200 Jahre wieder verloren. Ottos Sohn, Otto III., starb bevor er seinen Plan, die Machtbasis nach Rom zu verlegen, verwirklichen

konnte; im Kongress von Gnesen im Jahre 1000 erkannte er den polnischen Herrscher Boleslaw I. Chrobry als Mitregent im Reich an. Der letzte Ottonenkönig Heinrich II. hatte sich in mehreren Kriegen gegen Polen (König

Boleslaw I. Chrobry) und Ungarn (König Stephan I.) zu behaupten. Unter ihm wurde aber das Reichskirchensystem weiter ausgebaut. Unter den Ottonen erscheint vermehrt die Bezeichnung *regnum teutonicum*.

### Salier 1024 bis 1125

1024 wählten die deutschen Fürsten den Salier Konrad II. zum König. Er erwarb 1032 das Königreich Burgund. Sein Nachfolger Heinrich III. setzte auf der Synode von Sutri drei rivalisierende Päpste ab, ernannte den Reformier Clemens II. zum Papst und ließ sich von ihm 1046 zum Kaiser krönen. Kurz darauf erließ er ein Verbot der Simonie. Während der Regierungszeit Heinrichs IV. eskalierte der so genannte Investiturstreit, in dem die Kirchenreformer dem Kaiser Simonie vorwarfen. Heinrich erklärte Papst Gregor VII. für abgesetzt. Nun bannte der Papst den König. Um den Kirchenbann zu lösen, unternahm Heinrich IV. den Gang nach Canossa. 1084 setzte er Papst Gregor wiederum ab und ließ sich in Rom von Gegenpapst Clemens III. zum Kaiser krönen. Sein Sohn Heinrich V. verbündete sich schließlich mit den Fürsten gegen ihn und setzte ihn ab. Ein längerer Krieg wurde durch den Tod des Vaters 1106 verhindert. Unter Heinrich V. kam es 1122 im Wormser Konkordat zum Ausgleich mit der Kirche. Nach Heinrichs Tod wählten die Fürsten Lothar III. von Supplinburg zum König. Durch die Unterstützung der mächtigen Welfen für Lothar gegen den Staufer Friedrich wurde ein das ganze 12. Jahrhundert andauernder Streit zwischen Welfen und Staufern begründet.

### Staufer 1138 bis 1254

Nach dem Tod Lothars 1138 wurde der Staufer Konrad III. König. Dieser erkannte Lothars Schwiegersohn, dem Welfen Heinrich dem Stolzen, dessen Herzogtümer ab. Konrads Nachfolger Friedrich I. versuchte den Ausgleich, indem er den Welfen Heinrich den Löwen 1156 mit den Herzogtümern seines Vaters, Sachsen und Bayern, belehnte. Heinrich der Löwe unterwarf als neuer Lehnsherr von 1147 bis 1164 die Slawen in Mecklenburg und Pommern.

Hildegard von Bingen wusste geschickt Machtkonstellationen für die Gründung von Klöstern einzusetzen und korrespondierte mit der damals bekannten Welt. Im Vertrag von Konstanz 1153 erreichte Friedrich I. („Barbarossa“) die Kaiserkrönung. Er besiegte die nach mehr Selbständigkeit strebenden lombardischen Städte. Als Alexander III. Papst wurde, begann der Kampf zwischen Kaiser und Papst erneut. Nach der Niederlage bei Legnano musste Friedrich Alexander als Papst anerkennen. 1180 entzog Friedrich Heinrich dem Löwen, der seine Italienpolitik nicht mehr unterstützte, dessen Herzogtümer. 1181 erhob Friedrich die pommerschen Greifen in den Rang deutscher Reichsfürsten. Ab 1187 übernahm Friedrich I. die Führung der Kreuzfahrer. 1190 starb er in Syrien. Friedrichs Sohn, Heinrich VI., wurde dank der Heirat mit der normannischen Prinzessin Konstanze 1194 König von Sizilien. Als Heinrich VI. 1197 starb, kam es zu einer Doppelwahl des Staufers Philipp von Schwaben, des Bruders Heinrichs VI und des Welfen Otto IV., einem Sohn Heinrich des Löwen. Nach der Ermordung Philipps 1208 wurde Otto IV. König. Der Papst unterstützte aber wegen des Italienszuges Ottos den Staufer Friedrich II., dem Sohn Heinrich VI. 1214 brachte die Schlacht bei Bouvines die Entscheidung für Friedrich. Dieser regierte sein Reich von seiner Heimat Sizilien aus. Die Regierung in Deutschland überließ er seinem Sohn Heinrich. 1235 setzte er statt Heinrich dessen Bruder Konrad IV. ein. 1220 wurde Friedrich zum Kaiser gekrönt. Es kam zum Machtkampf mit Papst Gregor IX., der den Kaiser 1227 bannte. Dennoch erreichte Friedrich im Heiligen Land die Übergabe Jerusalems. Der Konflikt setzte sich auch fort, als Innozenz IV. Gregors Nachfolge antrat. Innozenz



Hildegard von Bingen

erklärte den Kaiser 1245 gar für abgesetzt. Friedrich II. starb im Dezember 1250. Nach seinem Tod tobte der Kampf des Papstes gegen die Staufer weiter. 1268 wurde der letzte Staufer, der sechzehnjährige Sohn Konrads IV., Konradin, im Kampf um sein sizilianisches Erbe gegen Karl von Anjou in Neapel öffentlich hingerichtet.

## Spätmittelalter

Im 14. Jahrhundert führten Überbevölkerung, Missernten und Naturkatastrophen zu Hungersnöten. 1349/50 starb ein Drittel der Bevölkerung an der Pest und ein Großteil der Juden flüchtete aufgrund von Pogromen nach Polen.

### Interregnum und beginnendes Hausmachtkönigtum 1254 bis 1313

Nach dem Ende der Staufermacht verfiel die Königsmacht im Spätmittelalter immer mehr. Der König stützte sich nur noch auf ein geringes Reichsgut und musste versuchen, seine Hausmacht zu erweitern. Als neuer Machtfaktor erwiesen sich inzwischen die Reichsstädte. Die Landesfürsten (die späteren Kurfürsten) wählten in einer verfassungsrechtlich bemerkenswerten Doppelwahl sowohl Richard von Cornwall aus England als auch Alfons von Kastilien zum König. Dies verschaffte den Wählenden, also regionalen Kräften, die Möglichkeit, ihre eigene Macht zu Ungunsten der Zentralmacht weiter auszubauen. Beide Gewählten waren aber zu schwach sich im Reich durchzusetzen, strebten eher nach der Kaiserkrone. Richard war ganz selten im Reich, Alfons hat es nie betreten. Zeitgenossen sprachen schon damals vom „Interregnum“, der königslosen Zeit.

Das Interregnum wurde 1273 durch die Wahl Rudolf von Habsburg beendet. Rudolf ebnete dem Haus Habsburg den Weg zu einer der mächtigsten Dynastien im Reich, doch gelang es ihm nicht, die Kaiserkrone zu erlangen. Seine beiden Nachfolger, Adolf von Nassau und Albrecht I., standen im Konflikt mit den Kurfürsten. 1308 wurde der Luxemburger Heinrich VII. zum König gewählt. Dieser konnte 1310 seine Hausmacht um Böhmen erweitern und erlangte 1312 die Krönung zum Kaiser. Im Vertrag von Namslau 1348 erkannte Kasimir der Große von Polen die Zugehörigkeit Schlesiens zu Böhmen – und damit zum Heiligen Römischen Reich – an, versuchte später jedoch beim Papst, diesen anzufechten.

### Ludwig IV. der Bayer und Karl IV. 1314 bis 1378

Nach dem Tod Heinrichs setzte sich nach einer Doppelwahl 1314 der Wittelsbacher Ludwig der Bayer gegen die Habsburger durch. 1327 zog Ludwig nach Italien und wird im darauffolgenden Jahr in Rom zum Kaiser gekrönt. Im Kampf des Kaisers gegen den Papst, dem letzten des Mittelalters, bestätigten die Kurfürsten im Kurverein von Rhense 1338, dass ein von ihnen gewählter König nicht vom Papst bestätigt werden müsse. Eine von den Luxemburgern geführte Opposition gegen Ludwigs Hausmachtspolitik formierte sich 1346. Der Luxemburger Karl IV. wird von seinen Anhängern mit Unterstützung des Papstes zum Gegenkönig gewählt. Der Tod Ludwigs 1347 verhinderte einen längeren Krieg. Karl IV. verlegte seinen Herrschaftsschwerpunkt nach Böhmen. Er gewann unter anderem die Mark Brandenburg zu seinem Hausmachtkomplex hinzu.



Goldene Bulle Karls IV.

1348 wurde in Prag die erste deutschsprachige Universität gegründet.

1355 wurde Karl zum Kaiser gekrönt. Die Goldene Bulle von 1356 stellte bis zum Ende des Heiligen Römischen Reichs eine Art Grundgesetz dar. Ihr Hauptziel war die Verhinderung von Gegenkönigen und Thronkämpfen. Karl glaubte, damit die Machtstellung des Hauses Luxemburg zementiert zu haben.

### Beginnender Aufstieg Habsburgs 1378 bis 1493

Unter dem Nachfolger Karls verfiel die Königsmacht endgültig. Der ältere Sohn Karls IV, Wenzel wird 1400 von den Kurfürsten wegen Untätigkeit abgesetzt. Nach dem Tod des Nachfolgers Ruprecht I. von der Pfalz aus dem Hause Wittelsbach 1410 wird mit Wenzels Bruder Sigismund wieder ein Luxemburger gewählt. Er erreichte zwar 1433 die Kaiserkrönung, war jedoch nicht in der Lage, das Königtum zu stabilisieren. Eine Reichsreform scheiterte an Eigeninteressen der Landesherrscher. Durch die Einberufung des Konzils von Konstanz konnte er allerdings das Abendländische Schisma beenden.

Mit dem Tod Sigismunds erlosch das Haus Luxemburg in männlicher Linie. Die Habsburger traten 1438 mit Albrecht die Nachfolge an. Von 1438 bis 1740 und von 1745 bis zum Ende des Reiches 1806 sollte das Haus Habsburg nun den römischen König stellen.

Unter der langen Regierung von Friedrich III. (1440–1493) wurde der Grundstein für die spätere habsburgische Weltmachtspolitik gelegt.



Das Heilige Römische Reich um 1400

## Frühe Neuzeit

### Maximilian I. 1486 bis 1519

Maximilian I. erwarb durch Heirat das Herzogtum Burgund, zu dem die reichen Niederlande gehörten, für sein Haus und behauptete es im Krieg gegen Frankreich. Sein Sohn Philipp der Schöne wurde mit der Erbin Spaniens vermählt. Maximilian war wegen der Türkenkriege auf die Unterstützung der Reichsstände angewiesen. 1495 wurde auf dem Wormser Reichstag eine Reichsreform beschlossen. Maximilian nahm 1508 ohne päpstliche Krönung den Kaisertitel an. Er beendete damit für alle Zeiten die Wallfahrten Deutscher Könige zur Kaiserkrönung nach Rom. Grund waren verschiedene schwelende Konflikte mit Frankreich und Venedig, dessen Truppen viele Alpenpässe versperrt hatten. Durch seine Heiratspolitik kamen neben der spanischen Krone auch Böhmen und Ungarn von den Jagiellonen zum Herrschaftsbereich der Habsburger.

## Reformation und Gegenreformation 1517 bis 1618

Mit der Publikation seiner 95 Thesen gegen den Ablasshandel durch Martin Luther setzte 1517 die Reformation ein.

1519 wurde der Habsburger Karl V. König. Unter ihm stieg Habsburg zur Weltmacht auf. Außenpolitisch war er in ständige Kriege zur Abwehr der Osmanen sowie gegen Frankreich und den Papst verwickelt. Dadurch war seine Stellung im Reich selbst schwach und er konnte die Ausbreitung der Reformation nicht verhindern.

In den Jahren 1522 bis 1526 wurde in etlichen Ländern und Städten des Reichs die Lehre Luthers eingeführt. Die Reformation wurde somit vom Landesherrn durchgeführt, der auch zum Landesbischof wurde. Der Bruder des Kaisers, Ferdinand, wollte die Duldung der Lutheraner aufheben. Dagegen protestierten die evangelischen Landesfürsten. Daher leitet sich seit dem die Bezeichnung Protestanten für Anhänger der evangelischen Glaubensrichtung ab..

Die schlechte Lage der Bauern hatte schon im 15. Jahrhundert zu regionalen Aufständen der Bauern geführt, während der Reformationszeit kam es 1524 bis 1526 zu einem Bauernkrieg. 1525 wurde ein Bauernheer unter Führung von Thomas Münzer bei Frankenhausen vernichtet.

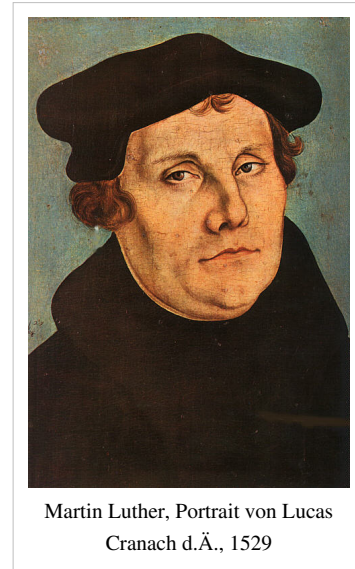
Im Schmalkaldischen Krieg von 1546/1547 kam es erstmals zum Kampf der Katholiken unter Führung des Kaisers gegen die Protestanten. Der Kaiser gewann den Krieg, konnte aber das Augsburger Interim nicht durchsetzen.

Als sich die Fürsten über die Religionsgrenzen hinweg gegen ihn erhoben, verzichtete Karl V. 1556 zugunsten seines Sohnes Philipp II. auf Spanien und machte seinen Bruder Ferdinand zu seinem Nachfolger im Reich. Der neue König hatte bereits 1555 den Augsburger Religionsfrieden ausgehandelt.

Unter dem Eindruck der Reformation begann die katholische Kirche eine innere Reform. Zudem setzte die Gegenreformation ein. Diese bestand zum einen in der Verfolgung von Zweiflern an der offiziellen päpstlichen Lehre durch die Inquisition, zum anderen entstanden neue Orden, von denen die Jesuiten eine führende Rolle bei der Rekatholisierung erlangten.

Dennoch war die Religionspolitik von Ferdinands Sohn und Nachfolger Maximilian II. vergleichsweise tolerant, während in Frankreich zur selben Zeit Religionskriege wüteten. Maximilians Sohn Rudolf II. zog sich dagegen in seiner Residenz Prag immer mehr aus der Wirklichkeit zurück, so dass die religiösen Konflikte weiter anschwollen. Es kam zum Kölner Krieg, als der dortige Erzbischof zum Protestantismus übertrat, und in den zum Reich gehörenden Niederlanden verschärfte sich der Widerstand gegen das streng katholische Regiment der spanischen Habsburger.

Die protestantischen Fürsten schlossen sich 1608 unter Führung Friedrichs von der Pfalz zur Union zusammen. Entsprechend schlossen sich die katholischen Fürsten 1609 unter Führung des Bayernherzogs Maximilian I. zur Liga zusammen.



Martin Luther, Portrait von Lucas Cranach d.Ä., 1529

## Dreißigjähriger Krieg 1618 bis 1648

Nachdem Kaiser Rudolf II. die Regierungsgeschäfte an seinen Bruder Matthias abgetreten hatte, schränkte dieser die den Protestanten gewährten Rechte wieder ein. 1618 kam es deshalb zum Prager Fenstersturz, bei dem zwei kaiserliche Räte von böhmischen Standesvertretern in der Prager Burg zum Fenster hinausgeworfen wurden.

Nach dem Tod des Kaisers wurde der Führer der Union, Friedrich von der Pfalz, 1619 zum König von Böhmen erklärt. Der neue Kaiser Ferdinand II. zog mit dem Heer der katholischen Liga nach Böhmen. In der Schlacht am Weißen Berge 1620 wurde das böhmische Heer besiegt. Nach der Flucht Friedrichs besetzte Tilly die Pfalz und die Oberpfalz. Der Bayernherzog Maximilian I. bekam die Pfälzer Kurfürstenwürde.

Der Dänenkönig Christian IV. rückte 1625 mit seinem Heer in Norddeutschland ein. Er wurde aber vom kaiserlichen Heer unter Tilly und dem böhmischen Adligen Wallenstein besiegt. Pommern, Jütland und Mecklenburg wurden vom katholischen Heer besetzt.

Nach dem Ende des dänischen Krieges erließ der Kaiser 1629 das Restitutionsedikt. Besorgt wegen seiner erheblich gestiegenen Machtfülle erreichten die Reichsstände auf dem Regensburger Kurfürstentag 1630 die Absetzung seines Feldherrn Wallenstein.

Nun griff der Schwedenkönig Gustav II. Adolf ins Kriegsgeschehen ein. Bei Rain fiel 1632 Tilly. Der Kaiser setzte daraufhin Wallenstein wieder ein. Bei der Schlacht von Lützen 1632 fiel der Schwedenkönig.

Wallenstein wurde 1634 erneut abgesetzt und bald darauf ermordet. Um die Schweden vom deutschen Boden zu vertreiben, schloss der Kaiser mit dem protestantischen sächsischen Kurfürsten einen Sonderfrieden, den Frieden von Prag, 1635.

Das katholische Frankreich griff 1635 auf schwedischer Seite ein, jedoch konnte keine der beiden Seiten den Krieg für sich entscheiden. Große Teile des Reiches wurden verwüstet. Der Vorkriegsstand der Bevölkerung wurde erst wieder um 1750 erreicht. Der neue Kaiser Ferdinand III. bemühte sich bereits seit 1637 verstärkt um Friedensverhandlungen, aber Deutschland war längst zum Spielball fremder Mächte geworden, wodurch sich das Leid der Bevölkerung weiter verlängerte. Die seit 1642 laufenden Verhandlungen führten am 24. Oktober 1648 zum Westfälischen Frieden.

Der Friedensschluss beinhaltete eine Abtretung von Teilen Lothringens und des Elsass' an Frankreich. Die Niederlande und die Schweiz schieden offiziell aus dem Reich aus. Die Stellung der Reichsstände und der Territorien wurde gestärkt und der Augsburger Religionsfriede bestätigt. Bei einem Konfessionswechsel des Landesherrn wurde nicht mehr von der Bevölkerung dasselbe verlangt. Die Macht des Kaisers wurde noch weiter eingeschränkt, seine Durchsetzungskraft beruhte in der Zukunft nur noch auf der Stellung seiner Dynastie.

Das Heilige Römische Reich zerfiel in 382 souveräne und halbsouveräne Territorien. Dieses Reichsgebilde wurde vom zeitgenössischen Staatsrechtler Samuel Pufendorf als „Monstrum“ oder „durch göttliche Fügung bewahrtes Unding“ bezeichnet. Pufendorf verwendete aber auch als einer der ersten die Bezeichnung „Deutschland“.



Das Heilige Römische Reich 1648

## Absolutismus 1648 bis 1789

Die Zerstörungen und Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Kriegs förderten die Entwicklung staatlich gelenkter Wirtschafts- und Sozialpolitik. Verbunden mit der merkantilistischen Wirtschaftsform war das Entstehen der absolutistischen Herrschaftsform nach Vorbild des französischen Königs Ludwig XIV.

Unter Kurfürst Friedrich Wilhelm begann seit 1640 der Aufstieg Preußens. Der nachfolgende Kurfürst Friedrich III. ließ sich 1701 zum König Friedrich I. *in Preußen* krönen. Die Standeserhebung gelang nur, da er als Herzog von Preußen über ein Territorium außerhalb der Grenzen des Heiligen Römischen Reiches verfügte, das völlig souverän vom Reich war. Gegen eine Zahlung von Zwei Millionen Talern und der Entsendung eines Truppenkontingentes für die Reichsarmee, stimmte der habsburgische Kaiser Leopold I. schließlich zu. Der Aufstieg Brandenburg-Preußens, später einfach nur als Königreich Preußen bezeichnet, führte zum Dualismus mit Österreich, der Deutschlands Innenpolitik bis 1866 bestimmen sollte.



Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg

Unter dem Habsburger Kaiser Leopold I. war das Reich der zweifachen Bedrohung durch die Osmanen und den Expansionsdrang Frankreichs unter Ludwig XIV. ausgesetzt. 1683 konnte der Kaiser mit Unterstützung einiger deutschen Fürsten und des Polenkönigs Jan III Sobieski, der die Schlacht am Kahlenberg bei Wien gegen Kara Mustafa gewann, die Türken vor Wien schlagen und aus Ungarn vertreiben.

Dadurch wurde aber ein Krieg gegen Frankreich verhindert, zu dem schon gerufen werden sollte. Frankreich hatte sich – die außenpolitische Gelegenheit nutzend – unter Ausschluss der verfassungsgemäßen Gegebenheiten die freie Reichsstadt Straßburg und andere elsässische Gebiete in sein Territorium einverleibt, obwohl diese Gebiete Reichsstände waren.

Durch die Wahl des sächsischen Kurfürsten Friedrich August I. 1697 zum König von Polen kam es bis 1763 zu einer Personalunion von Sachsen und Polen, die durch den Großen Nordischen Krieg und den Polnischen Thronfolgekrieg unterbrochen wurde. Ebenso gab es von 1714 bis 1837 eine Personalunion von Hannover und England.

Das Aussterben der spanischen Habsburger löste 1701 den Spanischen Erbfolgekrieg aus, der mit dem Tod von Joseph I. eine für Habsburg ungünstige Wende nahm, allerdings auch die Kräfte Frankreichs erschütterte. Das österreichische Haus Habsburg war unter Leopold I. und Joseph I. dennoch zur europäischen Großmacht geworden.

Das Aussterben der österreichischen Habsburger im Mannesstamm mit Kaiser Karl VI. führte 1740 zum Österreichischen Erbfolgekrieg. Der Wittelsbacher Karl VII. wurde zum neuen Kaiser gewählt, Friedrich II. fiel im habsburgischen Kronland Schlesien ein.

Karls VI. Tochter Maria Theresia konnte die Kaiserkrone für ihren Gemahl Franz I. zwar mit britischer Hilfe schließlich gegen preußische Hegemonialansprüche verteidigen, sie verlor aber im Siebenjährigen Krieg 1763 Schlesien endgültig an Preußen.

Schweden verlor durch seine Niederlage im Großen Nordischen Krieg (1700–1721) gegen Russland, Dänemark, Sachsen-Polen und Preußen fast alle Besitzungen im Reich. Durch die drei Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 konnten Österreich und Preußen erhebliche Gebietsgewinne verzeichnen.

Die Aufklärung hielt Einzug in Preußen unter Friedrich dem Großen (der *Alte Fritz*), der nach den Prinzipien des aufgeklärten Absolutismus herrschte. Auch in Österreich hielt die Aufklärung unter Kaiser Joseph II. Einzug. Sie führte jedoch nicht zu Reformen, die die feudalen Machtverhältnisse erschütterten. Josephs Bruder und Nachfolger Leopold II. musste einen Teil der Reformen in den österreichischen Erbländern wieder zurücknehmen.



Gottfried Wilhelm von Leibniz

## Das „lange 19. Jahrhundert“ 1789 bis 1918

### Französische Revolution und „Befreiungskriege“ 1789 bis 1814

In Folge der Französischen Revolution kam es 1791 zum Bündnis von Preußen und Österreich gegen Frankreich. Nach anfänglichen Erfolgen des halbherzig geführten Feldzuges geriet die Koalition nach der Niederlage von Valmy im September 1792 in die Defensive. Es folgten bis 1809 noch vier weitere Koalitionskriege gegen Frankreich.

1799 übernahm Napoleon I. in Frankreich die Macht. Österreich musste die Österreichischen Niederlande abtreten. Die linksrheinischen Gebiete Deutschlands fielen nach dem Frieden von Lunéville 1801 ebenfalls an Frankreich. Als Kompensation für ihre linksrheinischen Gebietsverluste erhielten die mittleren deutschen Fürsten 1803 im Reichsdeputationshauptschluss rechtsrheinische Gebiete ehemals reichsunmittelbarer Stände und aus Kirchenbesitz. Zudem erhielten Hessen-Kassel, Baden und Württemberg die Kurstimme, was eine protestantische Majorität im Kurverein brachte.

Da er wegen der neuen Mehrheiten unter den Kurfürsten nicht mehr sicher sein konnte, die deutsche Kaiserwürde auch weiterhin für das Haus Habsburg zu sichern, erhob sich der habsburgische Kaiser Franz II. 1804, er war gleichzeitig Erzherzog von Österreich, wie Napoleon selbst zum Kaiser von Österreich. Dieser Vorgang stellt einen Verfassungsbruch dar, da Österreich als Teilstaat des Heiligen Römischen Reiches und damit als Reichsstand nicht völlig souverän war. Das deutsche Staatsoberhaupt nahm damit offenkundig seinen eigenen Staat nicht mehr ernst.

1805 unterlag Österreich in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz. Es musste seine oberitalienischen Gebiete an das Königreich Italien und Vorarlberg und Tirol an Bayern abtreten. Zu Beginn des Jahres 1806 erhob Napoleon Bayern und Württemberg zu Königreichen, einige Monate später auch Sachsen. Als sich 16 deutsche Fürstenhäuser 1806 zum Rheinbund zusammenschlossen, legte Kaiser Franz II., auch unter dem Druck Napoleons, die deutsche



Das Heilige Römische Reich am Vorabend der Französischen Revolution 1789

Kaiserkrone nieder, nachdem er schon 1804 das Kaiserreich Österreich gegründet hatte, um mit Napoleons Kaiserkrönung gleichzuziehen.

Dies bedeutete das Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das 842 Jahre Bestand gehabt hatte. Diese Übergangszeit wurde auch die Franzosenzeit genannt, in der sich das Bewusstsein an die geänderten Umstände anpassen musste.

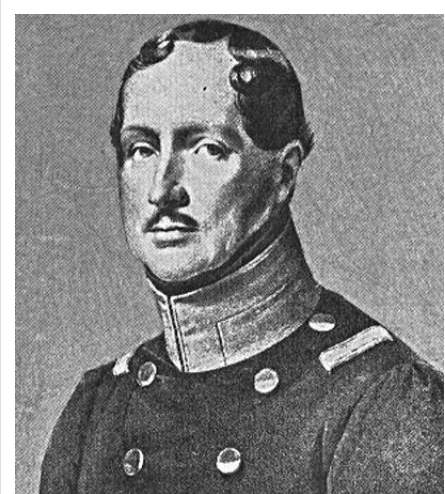
Am 16. Oktober 1806 kam es infolge des vierten Koalitionskrieges gegen Frankreich zur Niederlage Preußens in der Schlacht bei Jena und Auerstedt. Napoleons Truppen rückten daraufhin in Berlin ein. Im Frieden von Tilsit 1807 verlor Preußen die Hälfte seines Staatsgebietes, darunter unter anderen die nach der zweiten und dritten Teilung Polens erlangten Gebiete (Großpolen, Masowien und Danzig) an das Großfürstentum Warschau. Preußen blieb nur auf russische Intervention hin als gedachter „Pufferstaat“ erhalten. Ebenso musste Österreich die nach der dritten Teilung Polens besetzten Gebiete an das Großfürstentum Warschau abtreten. Der Aufstand in Tirol unter dem Freiheitskämpfer Andreas Hofer wurde von Napoléons Truppen niedergeschlagen.

In Preußen kam es aufgrund der verheerenden Niederlage zwischen 1807 und 1813 zu einer Reformbewegung (Preußische Reformen) unter Stein und Hardenberg. Die preußische Armee wurde durch Scharnhorst und Gneisenau grundlegend reformiert, ebenso das Bildungswesen von Wilhelm von Humboldt und weitere Gebiete.

Nach der Niederlage Napoleons im Russlandfeldzug 1812 kam es in Preußen zu Aufständen. Als der preußische General Yorck von Wartenburg im Dezember 1812 eigenmächtig in der Konvention von Tauroggen einen Waffenstillstand mit Russland vereinbarte, verbündeten sich der preußische König auf Druck der Bevölkerung mit dem Zaren gegen Frankreich.

Nach dem Beitritt Großbritanniens, Schwedens und Österreichs zum Bündnis wurde Frankreich in der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 entscheidend geschlagen. Die Rheinbundstaaten wechselten daraufhin auf die Seite der Alliierten. Die Befreiungskriege gegen Napoleon führten in Deutschland zu einem neuen Nationalbewusstsein.

Im Frühjahr 1814 zogen die verbündeten Truppen in Paris ein. Napoleon wurde zur Abdankung gezwungen. Als er 1815 erneut in Frankreich die Macht an sich riss, besiegte ihn ein deutsch-britisches Heer in der Schlacht bei Waterloo am 18. Juni 1815 endgültig.



Friedrich Wilhelm III. von Preußen

## Restauration und Vormärz 1814 bis 1848

Auf dem Wiener Kongress kam es unter der Leitung Metternichs zur Neuordnung Europas. Ziel des Wiener Kongresses war die dauerhafte Sicherung des Friedens durch Schaffung eines neuen Gleichgewichts zwischen den Großmächten, aber auch die Wiederherstellung (Restauration) des alten politischen Systems. In der Heiligen Allianz vereinbarten Österreich, Preußen und Russland, alle revolutionären und nationalstaatlichen Bewegungen zu bekämpfen.

Preußen erhielt sein Gebiet aus der zweiten Polnischen Teilung samt Danzig zurück, das Rheinland, Westfalen und den nördlichen Teil Sachsens, Österreich behielt das Gebiet aus der ersten Teilung Polens (Galizien), verzichtete auf die österreichischen Niederlande und bekam dafür Venetien, die Lombardei und Gebiete auf dem Balkan. Frankreich konnte das Elsass behalten. Weiter wurde der Deutsche Bund ins Leben gerufen, dem 39 souveräne Fürsten, darunter auch die Könige Großbritanniens, Dänemarks und der Niederlande, angehörten.



Auf dem Wiener Kongress restaurierte Fürst von Metternich alte Regimes von Gottes Gnaden

Beschlussorgan des Deutschen Bundes war der Bundestag, der unter österreichischem Vorsitz in Frankfurt am Main tagte. Die Wünsche der Bevölkerung nach Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates wurden von den Fürsten nicht berücksichtigt.

1817 versammelten sich zahlreiche Studenten auf dem Wartburgfest. Dort wurden unter dem Motto „*Da alles anders gekommen, als wir es erwarten*“ (aus der Sicht der Nationalisten und Liberalisten war alles schlechter gekommen als sie es sich nach der Französischen Revolution erhofft hatten) nationale Parolen gesungen, Festreden gehalten und alles „Nichtdeutsche“ bekämpft, wie etwa jüdische Bücher verbrannt. Nach der Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue durch den Studenten Karl Sand zwei Jahre später ließ Metternich 1819 in den Karlsbader Beschlüssen die Burschenschaften und alle anderen politischen Vereinigungen verbieten und führte eine umfassende Zensur ein. Letztlich konnte er aber nicht das weitere Erstarken der deutschen Nationalbewegung in der Zeit des so genannten Vormärz verhindern.

Bestärkt durch die Julirevolution in Frankreich fand die Bewegung im Hambacher Fest vom 27. bis 30. Mai 1832 mit 30.000 Teilnehmern einen neuen Höhepunkt.

Wirtschaftlich wurde Deutschland durch den am 1. Januar 1834 gegründeten Deutschen Zollverein geeint. Die einsetzende Industrialisierung und der Bau der ersten Eisenbahnlinien brachten einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich.



Die 39 Bundesstaaten des Deutschen Bundes

## Revolution 1848/1849

Die Februarrevolution 1848 in Frankreich führte in den deutschen Staaten zur Märzrevolution. In Österreich kam es zu Straßenkämpfen. Am 13. März trat Metternich zurück und floh nach Großbritannien.

Kaiser Ferdinand erließ im April 1848 eine Verfassung und gewährte dem Volk eine bewaffnete Bürgerwehr. In den von den österreichischen Habsburgern beherrschten Fürstentümern Ober- und Mittelitaliens, in Ungarn und den slawischen Gebieten kam es zu Aufständen, die aber von den Truppen des Kaisers niedergeschlagen wurden.

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. gestattete auf Druck der Bevölkerung die Ausarbeitung einer Verfassung und gestand den Bürgern Versammlungs- und Pressefreiheit zu. Kleinere Staaten wie Baden versuchten Unruhen durch die Berufung liberaler und nationaler Regierungsmitglieder vorzubeugen. Dennoch wurden im weiteren Verlauf der Revolution gerade Sachsen und Baden zu Zentren radikaldemokratischer Aufstände.

Anfang Mai fanden in allen Staaten Wahlen zu einer Deutschen Nationalversammlung statt. Diese wurden jedoch nur in sechs Staaten direkt gewählt. In allen anderen Staaten wurde ein indirektes Verfahren über Wahlmänner angewandt.

Im Parlament waren sowohl konservative Monarchisten als auch Liberale und Republikaner vertreten. Während Akademiker und das Bildungsbürgertum dominierten, hatten Arbeiter und Bauern im Parlament keine Vertreter.

Am 18. Mai kam es zur Bildung einer vorläufigen Zentralregierung unter der Leitung eines Reichsverwesers. Die Regierung wurde von den deutschen Fürsten anerkannt, war wegen fehlender eigener Armee, Polizei und Beamtenschaft aber weitgehend machtlos.

Die Nationalversammlung musste nun die Grenzen eines zukünftigen deutschen Nationalstaates festlegen. Favorisiert wurde zuerst die so genannte großdeutsche Lösung. Da Österreich aber nur unter Einschluss seines gesamten Gebietes dazu bereit war, entschied man sich für die kleindeutsche Lösung. Diese sah die Bildung eines deutschen Staates unter Ausschluss Österreichs vor.

Am 28. März 1849 wurde die sogenannte Paulskirchenverfassung verabschiedet, die einen Bundesstaat mit zentraler Regierung unter Leitung eines erblichen Kaisertums und einem Reichstag als Legislative vorsah. Die Verfassung bildete eine Grundlage für die Weimarer Verfassung und das Grundgesetz. Weiter wurde ein allgemeines Wahlrecht vereinbart.

Nachdem der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 die Kaiserkrone ablehnte, zogen die meisten deutschen Staaten ihre Abgeordneten aus Frankfurt zurück. Aufstände in Dresden, der Pfalz und Baden zur Erzwingung der Verfassung wurden niedergeschlagen.

Eine Minderheit der Abgeordneten widersetzte sich einer Abberufung und tagte in Stuttgart weiter. Die letzten Revolutionäre ergaben sich am 23. Juli in Rastatt. Die Verfassung konnte somit nie in Kraft treten. Zahlreiche in der Folge politisch Verfolgte wanderten vor allem nach Amerika aus.



Jubelnde Revolutionäre nach Barrikadenkämpfen in Berlin am 19. März 1848

## Reaktionsära und Norddeutscher Bund 1849 bis 1871

In der Folge wurden während der Revolution gemachte Zugeständnisse rückgängig gemacht. In Österreich errichtete Schwarzenberg ein neoabsolutistisches Regime. In anderen Bundesstaaten wie in Preußen blieben einige Errungenschaften wie die Verfassungen und die Gewerbefreiheit erhalten.

1850 wurde der Deutsche Bund wiedergegründet. Gemeinsam wandten sich die Staaten insbesondere mit koordinierten polizeilichen Maßnahmen während der Reaktionsära gegen die Opposition. Nach der Zulassung von politischen Zusammenschlüssen 1860 entstanden in Deutschland neue Parteien und Gewerkschaften. 1863 gründete Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der schließlich in der bis heute bestehenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) aufging.

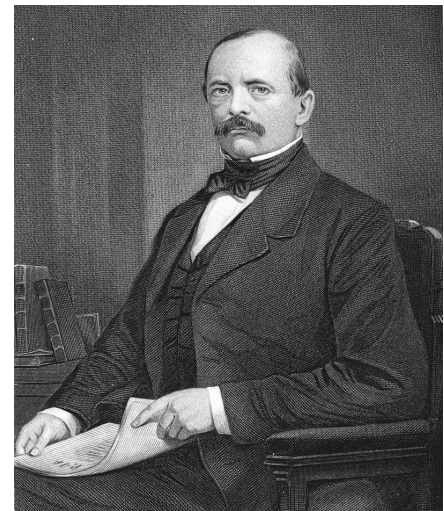
1859 begann der Preußische Verfassungskonflikt, der 1862 zur Ernennung Otto von Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten und zu einer Stärkung des Königs gegenüber dem Parlament führte.

1864 kam es zum Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark. Auslöser war die Annexion Schlesiens durch Dänemark. Mit Zustimmung der europäischen Großmächte eroberten beide deutsche Staaten die Herzogtümer Holstein, das bereits seit dem frühen Mittelalter zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und nach 1815 auch zum Deutschen Bund gehört hatte und lediglich vom dänischen König regiert wurde, und Schleswig.

Den 1866 folgenden Deutschen Krieg gegen den vom Kaisertum Österreich angeführten Deutschen Bund konnte das Königreich Preußen durch seinen Sieg bei Königgrätz für sich entscheiden. Es annektierte das Königreich Hannover, das Herzogtum Nassau, Kurhessen, Hessen-Homburg, Schleswig-Holstein und Frankfurt. Der Deutsche Bund löste sich auf. Darüber hinaus wurde der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens gegründet. Die Unabhängigkeit Bayerns, Württembergs und Badens wurde auf Drängen Frankreichs anerkannt.

Im Anschluss kam es zu Spannungen zwischen Frankreich und Preußen. Anlass für den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/1871 war die Kandidatur Leopolds von Hohenzollern auf den spanischen Königsthron. Napoléon III. provozierte den Krieg, in dem er Gebiete am Rhein forderte und Bismarck reagierte mit der Emser Depesche. Nach der Kriegserklärung durch Frankreich konnte Preußen alle deutschen Staaten und die übrigen europäischen Großmächte auf seine Seite ziehen. Das Frankreich Napoléons III. wurde durch den Sieg bei Sedan zur Kapitulation gezwungen. In Paris bildete sich daraufhin eine republikanische Regierung, die die Forderungen Preußens ablehnte.

Dieses hatte eine Fortsetzung des Krieges zur Folge, der erst 1871 mit der Kapitulation Frankreichs endete. Im Frieden von Frankfurt am Main wurde Frankreich zur Abtretung Elsass-Lothringens und zur Zahlung einer Kriegsschädigung verpflichtet.



Equilibrist der Macht innen und außen: Otto von Bismarck



Aufstieg und Fall eines Gründers in der Gründerzeit: Bethel Henry Strousberg spannte in guten Jahren ein Eisenbahnnetz über Preußen und halb Europa

## Kaiserreich 1871 bis 1918

Durch das Zugeständnis der Reservatrechte konnte Bismarck die süddeutschen Staaten zum Beitritt zum Norddeutschen Bund bewegen. Die Gründung des dadurch entstandenen Deutschen Reiches wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Schloss Versailles vollzogen. Der preußische König erhielt den Titel eines *Deutschen Kaisers*.

Die Reichsverfassung von 1871 betonte das monarchische Element. Damit war aber die Zukunft Deutschlands entscheidend vom Geschick seiner Kaiser abhängig. Preußen verfügte über zwei Drittel der Landfläche und Bevölkerung und damit über ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen im Bundesrat.

Bismarck verfolgte eine Politik wechselnder Bündnispartner (siehe auch Tendenzpolitik). Im Rahmen des Kulturkampfes von 1871 bis 1886 gegen die katholische Kirche verbündete Bismarck sich mit den Liberalen. Wenngleich einige Maßnahmen nach Beendigung des Kulturkampfes wieder zurückgenommen wurden, blieben zum Beispiel die Einführung der Zivilehe und die staatliche Aufsicht über das Schulwesen erhalten.

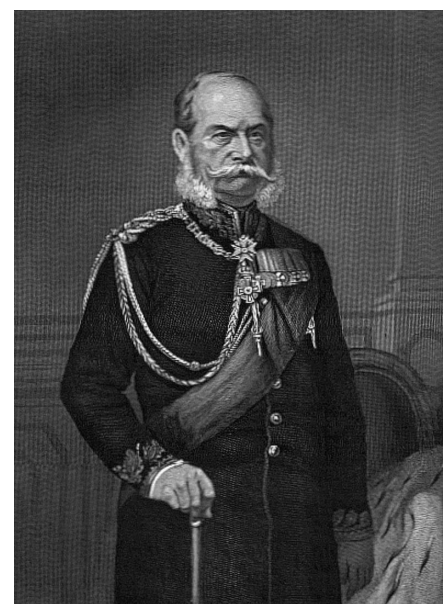
Einen weiteren Gegner Bismarcks stellten die Sozialisten dar. Die Stimmung in der Öffentlichkeit nach einem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. nutzte Bismarck 1878 zur Durchsetzung der Sozialistengesetze. Diese konnten die Verbreitung sozialistischer Ideen aber nicht verhindern.

Parallel dazu versuchte Bismarck durch eine Sozialgesetzgebung einer Radikalisierung der Arbeiter entgegenzuwirken. So wurde 1883 eine Krankenversicherung, 1884 eine Unfallversicherung und 1889 eine Rentenversicherung eingeführt. Weitergehende Forderungen der Sozialdemokraten lehnte Bismarck aber ab.

Wirtschaftlich wurde infolge des durch die Reichsgründung entstandenen einheitlichen Wirtschaftsraums und begünstigt durch die französischen Zahlungen von Kriegsschadigung ein rasantes Wirtschaftswachstum ausgelöst. Dieses mündete aber 1873 in die Wirtschaftskrise („Gründerkrach“).



Das Deutsche Reich 1871



Wilhelm I.

Außenpolitisch verfolgte Bismarck eine Politik des Gleichgewichts der Großmächte. Durch den Aufstieg zur stärksten Großmacht auf dem Kontinent weckte Deutschland die Ängste seiner Nachbarn. Um Bündnisse der übrigen Großmächte gegen Deutschland zu verhindern, baute Bismarck mit diplomatischem Geschick ein Bündnissystem auf, das auf eine Isolierung Frankreichs hinauslief.

Um die Ängste der übrigen Großmächte zu dämpfen, verzichtete Bismarck nach der Krieg-in-Sicht-Krise 1875 auf territoriale Erweiterungen, stellte als Konzession an den Zeitgeist jedoch 1884 die kolonialen Erwerbungen deutscher Kaufleute unter den Schutz des Reiches. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Kolonien blieb jedoch gering.

Im Dreikaiserjahr 1888 starb Wilhelm I. und Wilhelm II. folgte seinem Vater Friedrich III., der todkrank nur 99 Tage regiert hatte. Als 1890 Wilhelm II. Bismarck als Reichskanzler entließ, folgte eine Kurswende in der deutschen Außenpolitik. Im Gegensatz zu seinem zurückhaltenden Vorgänger nahm der neue Kaiser die Außenpolitik selbst in die Hand (*persönliches Regiment*). Das führte zunehmend zu einer Isolation Deutschlands.

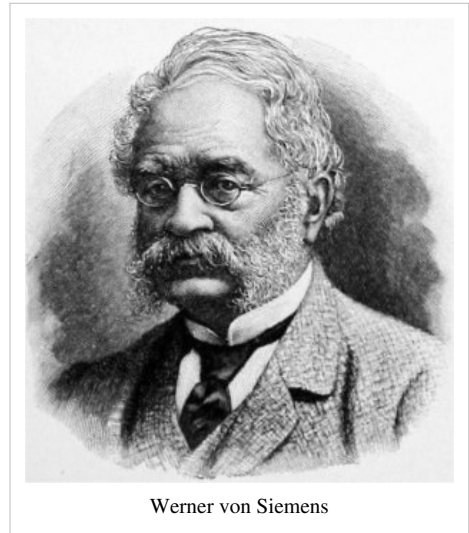
Die Innenpolitik war stark vom Strukturwandel und der sozialen Frage geprägt. Reichskanzler Caprivi (1890–1894) verfolgte einen Kurs sozialer Reformen. Weitere politische Reformen scheiterten jedoch.

Die Kanzlerschaft von Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1894–1900) brachte zwar innenpolitisch die Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches, 1896 aber auch eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit der Sozialdemokratie (Zuchthausvorlage), außenpolitisch den Beginn der imperialistischen deutschen Weltpolitik bei einer versuchten Wiederannäherung an Russland und einer Verschlechterung der Beziehungen zu Großbritannien (Krüger-Depesche, Samoa-Konflikt, Flottenwettrüsten). Der Selbstherrlichkeit des Kaisers konnte der alte Kanzler kaum etwas entgegensetzen. Unter dem Nachfolger Bernhard von Bülow (1900–1909), der die kaiserlichen Ambitionen offen unterstützte, nahm allerdings durch die „Daily-Telegraph-Affäre“ auch das Ansehen Wilhelms II. Schaden. Die Beziehungen zu England und Russland verschlechterten sich weiter. Der nächste Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1909–1917) versuchte einen Ausgleich mit England, konnte jedoch das Bündnissystem nicht durchbrechen. England hatte sich in Kolonialfragen mit Frankreich ausgeglichen, die Balkanfrage brachte Russland an die Seite der beiden Westmächte. Mit dem Deutschen Reich verbündet blieben Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich.

## Erster Weltkrieg

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajewo löste schließlich den Ersten Weltkrieg aus. Nicht nur der Einfluss der Politik, auch die Macht des Kaisers schwand zusehends, faktisch regierte die Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff. An der Ostfront siegreich, verschlechterte sich im Laufe des Stellungskrieges an der Westfront die Versorgungslage zusehends. Als im Oktober 1918 noch einmal die Flotte gegen die Royal Navy auslaufen sollte, meuterten die Matrosen.

Der Kieler Matrosenaufstand breitete sich innerhalb weniger Tage über ganz Deutschland aus und wurde zur Novemberrevolution. Am 9. November verkündete Reichskanzler Max von Baden die Abdankung des Kaisers. Wilhelm II. beugte sich dieser Entscheidung und ging ins Exil. Max von Baden übergab die Regierungsgewalt an Friedrich Ebert. Am Nachmittag rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus.



Werner von Siemens

## Weimarer Republik 1919 bis 1933

Am 10. November 1918 bildete sich mit dem Rat der Volksbeauftragten eine provisorische Regierung. Am 11. November wurden durch einen Waffenstillstand die Kampfhandlungen eingestellt. Am 16. Dezember 1918 fand in Berlin der sogenannte Reichsrätekongress statt.

Zahlreiche Reformen traten in Kraft, das Frauenwahlrecht und der Achtstundentag wurden eingeführt. Der Spartakusaufstand im Januar 1919 wurde von Freikorps niedergeschlagen. Die kommunistischen Anführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden dabei ermordet. Bis Mitte 1919 wurden auch alle weiteren Versuche, sozialistische Räterepubliken in Deutschland zu etablieren, von Reichswehr- und Freikorpsverbänden gewaltsam niedergeschlagen. Zuletzt geschah dies am 2. Mai 1919 mit der *Münchener Räterepublik*.

Am 19. Januar wurde die Nationalversammlung gewählt. Sie trat nicht im unruhigen Berlin, sondern in Weimar zusammen. Die Nationalversammlung wählte Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten und Philipp Scheidemann zum Reichskanzler. Nach der Weimarer Verfassung war das Deutsche Reich eine parlamentarische Demokratie. Sie sah allerdings einen starken Reichspräsidenten (sogenannter ‚Ersatzkaiser‘) vor und konnte durch eine qualifizierte Mehrheit vollständig geändert werden.

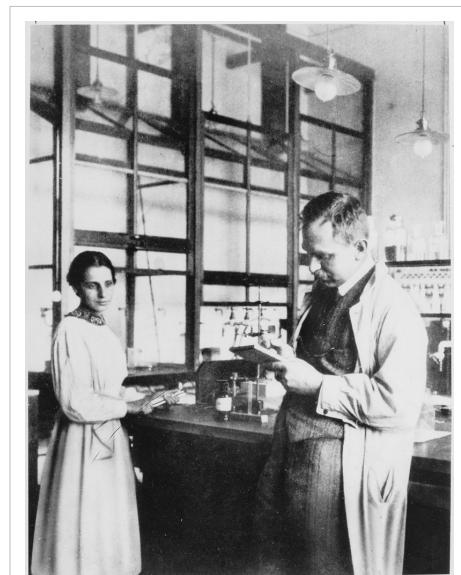
Am 28. Juni musste Deutschland im Versailler Vertrag zahlreiche Gebiete abtreten sowie seine Kolonien dem Völkerbund unterstellen. Die Vereinigung Deutschlands mit Österreich wurde untersagt. Deutschland und seinen Verbündeten wurde die alleinige Kriegsschuld gegeben und es wurden Reparationsforderungen gestellt. Das Saarland war dem Völkerbund unterstellt und das Rheinland entmilitarisierte Zone. Außerdem gab es massive Beschränkungen für die deutsche Armee. Der damals als „Schanddiktat“ empfundene Versailler Vertrag und die *Dolchstoßlegende* waren ein schweres Erbe für die entstandene deutsche Republik, die als „Republik ohne Republikaner“ bezeichnet wurde. Demokratische Reformen in Militär, Justiz und Verwaltung wurden versäumt.

1920 kam es zum *Kapp-Putsch* und zu mehreren politischen Morden. Bei den Reichstagswahlen gab es große Stimmengewinne für extreme Parteien. Gemäß dem Versailler Vertrag fanden in einigen Grenzgebieten Volksabstimmungen über die zukünftige Gebietszugehörigkeit statt. Im nördlichen und mittleren Teil des ehemaligen Herzogtums Schleswig gab es jeweils eine Volksabstimmung: der Norden kam daraufhin zum Königreich Dänemark und wird seitdem Nordschleswig genannt, das mittlere und südliche Schleswig blieb bei Deutschland. Nach einer Volksabstimmung vom 11. Juli blieben die Bezirke Allenstein und Marienwerder überwiegend beim Freistaat Preußen. Am 20. September kamen Eupen und Malmedy (bei Aachen) zu Belgien, nachdem eine Eintragung der Bewohner in öffentliche Listen eine entsprechende Mehrheit ergeben hatte.

1921 wurde die Reichswehr geschaffen. Oberschlesien wurde nach einer zum Teil von gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägten Volksabstimmung zwischen Deutschland und Polen geteilt (1920–22). 1922 begannen Deutschland und die Sowjetunion diplomatische Beziehungen im Vertrag von Rapallo.



Das Deutsche Reich 1919–1937



Lise Meitner und Otto Hahn schufen mit ihrer Forschung Theorie und Werkzeug für die erste Kernspaltung in Berlin

Im Januar 1923 besetzten französische Truppen das Ruhrgebiet, um ausstehende Reparationsforderungen einzutreiben. Die Reichsregierung unterstützte den ausbrechenden *Ruhrkampf*. In den folgenden Monaten kam es zu einer galoppierenden Inflation, die erst im November durch eine Währungsreform beendet wurde.

Bayern wurde zum Sammelbecken rechter, konservativer Kräfte. In diesen Klima vollzog sich der *Hitlerputsch*. Adolf Hitler wurde zwar festgenommen und verurteilt, aber bereits nach wenigen Monaten wieder freigelassen.

1924 begann eine Phase der relativen Stabilität. Trotz aller Konflikte schien die Demokratie zu siegen. Die Neuordnung der Währung und die im Gefolge des Dawes-Plans gewährten Kredite leiteten die *Goldenen 20er Jahre* ein.

Im Februar 1925 starb der erste Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD), als Nachfolger wurde Paul von Hindenburg (Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg) gewählt.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann versuchte gemeinsam mit Aristide Briand eine Annäherung an Frankreich und eine Revision des Versailler Vertrags, was sich im Locarnovertrag 1925 und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926 zeigte.

Der Ausbruch der *Weltwirtschaftskrise* 1929 leitete den Anfang vom Ende der Weimarer Republik ein. 1932 überschritt die Arbeitslosenzahl sechs Millionen.

Ab 1930 wurde Deutschland von Präsidialkabinetten ohne Rückhalt im Parlament regiert.

Es kam zu einer Radikalisierung der politischen Lage und zu Straßenschlachten zwischen der NSDAP und der KPD. 1931 schlossen sich rechte Kräfte in der Harzburger Front zusammen, die NSDAP wurde bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 stärkste Kraft. Am 28. Januar 1933 erklärte der Reichskanzler Kurt von Schleicher seinen Rücktritt.

## **Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg 1933 bis 1945**

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler: Dies markierte das Ende der Weimarer Republik und den Beginn der Diktatur des Nationalsozialismus, der eine Variante des Faschismus war. Hindenburg löste den Reichstag auf und setzte Neuwahlen an. Nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 schränkte eine Notverordnung von Reichspräsident Hindenburg die Grundrechte ein. Die KPD wurde verboten und viele ihre Mitglieder verhaftet. Das so genannte Ermächtigungsgesetz gab der Regierung dazu uneingeschränkte Gesetzgebungsbefugnisse. Danach wurden innerhalb kurzer Zeit auch die restlichen demokratischen Parteien verboten, wenn sie sich nicht selber auflösten. Die ersten Konzentrationslager zur Inhaftierung politischer NS-Gegner, vor allem von Kommunisten und Sozialdemokraten, entstanden.

In den folgenden Monaten wurden die bisherigen Länder gleichgeschaltet, ebenso die Presse und die Gewerkschaften. Im April begann der Boykott jüdischer Geschäfte und die Entfernung jüdischer Beamter aus dem Staatsdienst. Im Juni/Juli wurden die evangelischen Landeskirchen in einer Reichskirche unter Leitung eines Reichsbischofs zusammengeschlossen. Die „Deutschen Christen“ propagierten ein „judenreines“ Evangelium und waren „dem Führer ergeben“. Als Gegenbewegung bildete sich im September innerhalb der evangelischen Kirche der Pfarrernotbund, aus dem im Juni 1934 die Bekennende Kirche hervorging. In ihr sammelten sich evangelische Christen, die Übergriffe des Staates auf die evangelische Kirche und zum Teil den Nationalsozialismus als solchen ablehnten (unter anderem Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller, Gustav Heinemann). Mit dem Vatikan schloss Deutschland ein Konkordat, das die Stellung der katholischen Bischöfe in Deutschland sicherte und de facto zugleich eine Zurückhaltung der katholischen Kirche mit Kritik am Nationalsozialismus zusicherte (mit einer Reihe von Ausnahmen, z. B. Kardinal von Galen).

1934 wurde die Justiz gleichgeschaltet. Durch politische Morde nach dem angeblichen Röhm-Putsch – so wird der Vorgänger im Amt als Reichskanzler Kurt von Schleicher mit seiner Frau ermordet – erstickte Hitler auch jede mögliche Opposition auch innerhalb der NSDAP und entmachtete die SA zugunsten der Wehrmacht. Er ließ sich außerdem nach Hindenburgs Tod am 2. August zum „Führer“, Reichskanzler und obersten Befehlshaber ernennen.

Die Reichswehr wurde nun auf ihn persönlich vereidigt. Auch die Berufsbeamten mussten einen „Führereid“ ablegen, so dass regimekritische Akademiker ihre Ämter verloren.

In der folgenden Zeit wurde das gesamte gesellschaftliche Leben von NS-Organisationen wie Hitler-Jugend, Deutsche Arbeitsfront und KdF durchdrungen. Maßnahmen wie der Autobahnausbau, die teilweise schon von Vorgängerregierungen vorbereitet oder begonnen worden waren, beseitigten die Arbeitslosigkeit. Die Kriegsvorbereitung, für die der Autobahnbau keine Rolle spielte, sicherte danach den wirtschaftlichen Aufschwung; zu einer wesentlichen Steigerung des Lebensstandards kam es aber wegen der Priorität der Aufrüstung nicht.

1935 wurde das Saarland nach einer Volksabstimmung wieder ins Deutsche Reich integriert. Auf dem Reichsparteitag wurden die Nürnberger Rassengesetze beschlossen, die die Ausgrenzung und Isolierung der Juden begründeten.

1936 marschierte die Reichswehr in das entmilitarisierte Rheinland ein und brach damit den Versailler Vertrag. Im August fanden in Berlin die Olympischen Spiele statt, die Hitler als Propagandabühne für die Weltöffentlichkeit nutzte. Ein Vierjahresplan von 1936 sollte Deutschland bis spätestens 1940 kriegsbereit machen. Das Regime unterstützte ab 1936 zusammen mit Mussolinis Italien auch militärisch den faschistischen General Franco im Spanischen Bürgerkrieg gegen die dortige Republik. Für Hitler bot der spanische Bürgerkrieg die Gelegenheit, die Einsatzfähigkeit seines Militärs im Kriegsfall zu testen.

1938 erwirkte Hitler den Anschluss Österreichs und im Münchner Abkommen den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich. Daraufhin schloss Josef Stalin mit Adolf Hitler den Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Am 9. November inszenierten die Nationalsozialisten die Reichspogromnacht und legten in zahlreichen Synagogen Feuer. Als Zivilpersonen getarnte SA- und SS-Angehörige misshandelten und ermordeten viele Juden unter den Augen der Polizei, die meist stillhielt.

Im März 1939 marschierten Hitlers Truppen auch in die so genannte *Rest-Tschechei* und das Memelland ein. Ihr Angriff auf Polen am 1. September 1939 löste dann den Zweiten Weltkrieg aus. Am 3. September erklärten zunächst Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Nach dem Sieg der Wehrmacht und der Roten Armee über Polen wurde dessen Westteil zum deutschen Generalgouvernement erklärt, während die Sowjetunion den Ostteil des Landes besetzte. So teilten Hitler und Stalin Polen infolge ihres Paktes untereinander auf.

Nur wenige Monate nach Beginn des Krieges, am 8. November 1939 verübte der Einzelkämpfer Georg Elser ein Bombenattentat auf Hitler während einer NS-Propagandaveranstaltung im Münchner Bürgerbräukeller, das aber scheiterte, weil Hitler wenige Minuten vor der Explosion sofort nach seiner Rede den Saal verließ. Elser wurde wenig später gefasst, interniert und kurz vor Ende des Krieges im April 1945 im KZ Dachau ermordet.



Braindrain mit Gewalt: führende Vertreter der Wissenschaften wie Emmy Noether werden vertrieben



NS-Marschkolonne mit Hakenkreuzfahnen auf dem Rückweg vom Reichsparteitag (vermutlich 1938) an der Stadtgrenze Fürth/Nürnberg, antijüdische Propaganda am Ortsschild und Kinder mit Hitlergruß. Im Hintergrund ein Fabrikgebäude der „arisierten“, zuvor jüdischen Firma J.W.Spear.



Ab 1939 (Angriff auf Krefeld) begann der Bombenkrieg der Alliierten auf deutsche Städte, durch den etwa 760.000 Zivilisten ums Leben kamen. Ab Ende 1944 flohen viele Deutsche aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches vor der anrückenden Roten Armee. 1944 konnte diese weite Teile von Südosteuropa erobern. Am 6. Juni begann die Invasion der westlichen Alliierten in der Normandie, nachdem sie schon zuvor nach der Landung auf Sizilien von Süden her Italien eroberten und gegen Deutschland im Vormarsch waren. Am 20. Juli scheiterte ein Attentat und ein Putschversuch von Wehrmachtsangehörigen und Mitgliedern der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises gegen Hitler.

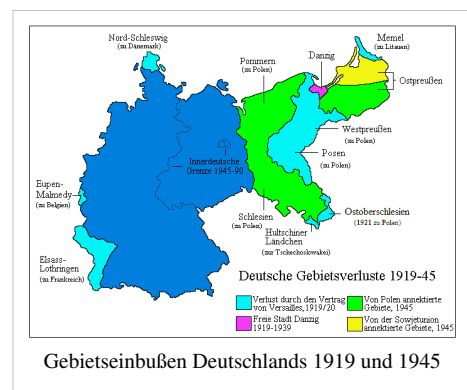
Auch in anderen Kreisen der Bevölkerung regte sich der Widerstand. Waren es in den Jahren 1933/1934 noch Aktivisten der verbotenen SPD und KPD, die mit Flugblättern Zeichen setzten, so opponierten jetzt Jugendliche und Studenten gegen die nationalsozialistische Führung und gegen den Krieg. Viele Jugendliche waren der Uniformierung überdrüssig und hoben sich durch betont englische Kleidung, lässiges Gehabe oder sowjetrussische Widerstandslieder von den „angepassten“ und „gleichgeschalteten“ Leuten ab. So entstanden beispielsweise „Die Schlurfs“, die „Proletenmeute“, die „Kittelbachpiraten Gladbeck“ und die bekannte Gruppe der „Edelweißpiraten“, die mit den üblichen rigorosen Maßnahmen bekämpft wurden. In mehreren Städten gab es Jugendkonzentrationslager.

Ende 1944 und Anfang 1945 beschlossen die Alliierten die Aufteilung Deutschlands nach dem Krieg. Nach Beginn ihrer Winteroffensive am 12. Januar 1945 eroberte die Rote Armee Ostpreußen, Pommern und Schlesien und holte vielfach die fliehende Zivilbevölkerung ein. Im April erreichten die sowjetischen Truppen die Reichshauptstadt und es kam zur Schlacht um Berlin. Hitler tötete sich am 30. April im Bunker der Reichskanzlei, nachdem er testamentarisch Admiral Karl Dönitz zu seinem Nachfolger als Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht bestimmt hatte. Neben Hitler töteten sich in der Folge auch andere führende Funktionäre, so Joseph Goebbels, Heinrich Himmler.

Am 7. Mai 1945 schließlich unterzeichnete Generaloberst Jodl – von Dönitz hierzu autorisiert – die bedingungslose Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht, die, durch Unterzeichnung einer weiteren Kapitulationsurkunde ratifiziert, am Tag darauf in Kraft trat.

Der Zweite Weltkrieg, den Deutschland in Europa entfesselt hatte, dauerte in Südostasien, wo der Krieg schon 1937 vom mit Deutschland im Antikomintern-Pakt verbündeten Japan ausgelöst worden war, noch bis zum 12. August 1945 an. Er forderte insgesamt etwa 60 Millionen Tote.

In den letzten Kriegsmonaten und im Anschluss an die Besetzung wurden die meisten noch verbliebenen Deutschen v. a. im Rahmen der Westexpansion Polens aus Ost- und Ostmitteleuropa vertrieben, insgesamt mehr als 12 Millionen Menschen. Infolge der Vertreibungen wurden ca. 2,1 Millionen Deutsche in den Tod getrieben und Tausende ermordet.



## Besatzungszeit 1945 bis 1949

Im historischen Bewusstsein Europas und der Welt wird der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland bis heute am 8./9. Mai als Tag der Befreiung gefeiert. In der deutschen Bevölkerung jener Zeit wurde diese Befreiung je nach politischem Standort allerdings differenzierter aufgefasst. Für die KZ-Häftlinge, Emigranten und politisch Verfolgten war es nach zwölf Jahren Tyrannei eine Befreiung im buchstäblichen Sinn des Wortes. Für die Alliierten, zumal in Deutschland, war die Befreiung Deutschlands zunächst eher ein Nebeneffekt. In der Direktive JCS 1067 vom April 1945 stellten sie fest: *„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation.“*

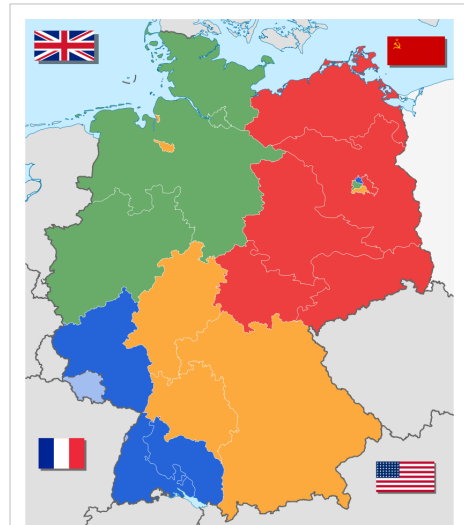
Nach dem Einmarsch der Roten Armee kam es zu einer großen Zahl von Vergewaltigungen deutscher Frauen. Der angebliche Aufruf der sowjetischen Propaganda, deutsche Frauen zu vergewaltigen, ist bereits seit langem widerlegt und soll nachweislich falsch sein (Gerücht des Reichspropagandaministeriums, November 1944). In der DDR war das Thema „Massenvergewaltigungen durch die Rote Armee“ ein Tabu.

Die Drei Mächte USA, Großbritannien und UdSSR trafen sich im Juli/August 1945 zur Potsdamer Konferenz. Dort einigten sie sich auf die Grundsätze Demokratisierung, Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Dezentralisierung. Das Land wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sowie die Stadt Stettin wurden unter polnische Verwaltung, das nördliche Ostpreußen unter die Verwaltungshoheit der Sowjetunion gestellt; über sie sollte erst im Zuge eines Friedensvertrages mit Deutschland endgültig entschieden werden. Elsass-Lothringen fiel wieder an Frankreich. Österreich wurde wieder von Deutschland abgekoppelt, d. h. der völkerrechtliche Zustand vor dem „Anschluss“ wiederhergestellt, und für sich ebenfalls in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

Für Deutschland wurde ein gemeinsames Verwaltungsorgan, der Alliierte Kontrollrat, gebildet, die Viersektorenstadt Berlin bekam eine gemeinsame Stadtverwaltung aller vier Mächte, die Alliierte Kommandantur. Der Wiederaufbau und die Bildung von Bundesländern und demokratischen Parteien begannen. Im Oktober 1945 wurden die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse eingeleitet.

Die Besatzungsmächte gingen in ihren Zonen jeweils eigene Wege, wobei die westlichen Mächte Großbritannien, Frankreich und USA im Zuge des aufkommenden Ost-West-Konflikts tendenziell zunehmend gegen die UdSSR zusammenarbeiteten.

1947 fanden einige Versuche einer Einigung über die Zukunft Gesamtdeutschlands statt, die allerdings an der starren Front ostdeutscher Ministerpräsidenten scheiterten, die zuerst gemeinsame Wahlen gefordert hatten – allerdings wohl im Sinne der SED. Fortan waren die Westmächte bestrebt, einen eigenen westdeutschen Staat in ihren Zonen aufzubauen.



Die Besatzungszonen (Stand: Juni 1947 bis April 1949)



General Dwight D. Eisenhower und Lt. General Lucius D. Clay auf dem Flugplatz Gatow in Berlin

In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) des damaligen Mitteldeutschlands wurden sehr bald die Weichen für den Sozialismus gestellt. SPD und KPD wurden zwangsvereinigt zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Schlüsselstellen mit Kommunisten besetzt. Mit der Deutschen Wirtschaftskommission wurde 1947 ein vorstaatliches Organ geschaffen, das bald Kompetenzen zur Steuerung der Wirtschaft erhielt.

Die britische und die US-amerikanische Zone schlossen sich Anfang 1947 zur Bizone zusammen (die formelle Erweiterung dieser mit der französischen zur Trizone sollte dann erst im April 1949 erfolgen). Im Jahr 1947 begann mit dem Marshallplan der Wiederaufbau, der Osten musste diese Hilfen auf sowjetischen Druck jedoch ablehnen. Mit dem Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wurde ebenfalls ein vorstaatliches Organ geschaffen.

Am 20. Juni 1948 fand in den Westzonen auf Betreiben der westlichen Alliierten eine Währungsreform statt. Sie bildete die Grundlage für das spätere Wirtschaftswunder. In der SBZ wurde im Gegenzug eine eigene Währung eingeführt. Am 24. Juni führten die Westmächte die Westmark auch in West-Berlin ein, die Sowjets antworteten darauf mit der Berliner Blockade. Der Westteil der Stadt wurde fast ein Jahr lang von den USA und Großbritannien über die Berliner Luftbrücke mit den notwendigsten Gütern versorgt. Die Sowjets hoben im Mai 1949 die Blockade wieder auf. Berlin blieb aber im Mittelpunkt der Politik der Siegermächte.

Am 20. März 1948 verließen die Sowjets aus Protest gegen die Londoner Sechsmächtekonferenz den Alliierten Kontrollrat. Am 1. Juli 1948 übergaben die Westmächte den Ministerpräsidenten der Westzonen die Frankfurter Dokumente, eine Aufforderung zur Bildung einer verfassunggebenden Versammlung. Auf der so genannten Rittersturz-Konferenz im Juli 1948 wurde die Gründung einer *Bundesrepublik Deutschland* beschlossen.

Auf dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee beriet ein *Sachverständigenausschuss für Verfassungsfragen* die Grundlage für die Arbeit des Parlamentarischen Rates. Dieser trat am 1. September in Bonn zusammen und erarbeitete dort das Grundgesetz. Nachdem dieses von allen Ländern außer Bayern angenommen und von den Westmächten genehmigt wurde, wurde es am 23. Mai 1949 verkündet. Damit war die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Ende Mai 1949 fand in der SBZ der dritte Deutsche Volkskongress statt. Die Mitglieder wählten den Zweiten Deutschen Volksrat als ständiges Organ. Der Volkskongress nahm die Verfassung für eine *Deutsche Demokratische Republik* einstimmig an. Am 7. Oktober wurde die DDR gegründet. Die Deutsche Teilung war damit ein Faktum der Geschichte.



## Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990

Am 14. August 1949 fanden die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt, die CDU/CSU wurde stärkste Fraktion. Konrad Adenauer wurde Mitte September zum Bundeskanzler, Theodor Heuss zum Bundespräsidenten gewählt. Im November wurde das Petersberger Abkommen geschlossen. Am 16. Januar 1950 wurde die Lebensmittelrationierung abgeschafft.

Andere Erblasten aus der Zeit des Nationalsozialismus erwiesen sich als bedeutend langwieriger (*siehe* Vergangenheitsbewältigung).

Die Regierung Adenauers forcierte die Westintegration, die Wiederbewaffnung und schuf, begünstigt durch den Marshall-Plan der USA, die politischen Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik. Sie erhob den Alleinvertretungsanspruch für Deutschland, und brach die Beziehungen mit Ländern ab, die die DDR anerkannten (vgl. Hallstein-Doktrin). Trotzdem unterzeichnete sie

1955 einen Vertrag mit der Sowjetunion, damit die letzten deutschen Kriegsgefangenen heimkehren konnten. Ebenfalls 1955 trat der Deutschlandvertrag in Kraft, der das Besatzungsstatut beendete – die Alliierten behielten sich aber ein Vorbehaltsrecht, was Deutschland als Ganzes sowie den Status um Berlin betraf und erst mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ 1990 aufgehoben wurde.

Die BR Deutschland trat der NATO bei und die Bundeswehr wurde gegen den Widerstand einer aufkeimenden Friedensbewegung, der „Ohne Mich-Bewegung“, gegründet.

Die Bundesrepublik war 1952 Mitbegründerin der Montanunion, der Vorläuferin der EG. 1951 wurden der rechtsextremistischen SRP und 1956 der KPD, die als kleine Fraktion noch bis 1953 im Bundestag vertreten gewesen war, vom Bundesverfassungsgericht Parteiverbote ausgesprochen.

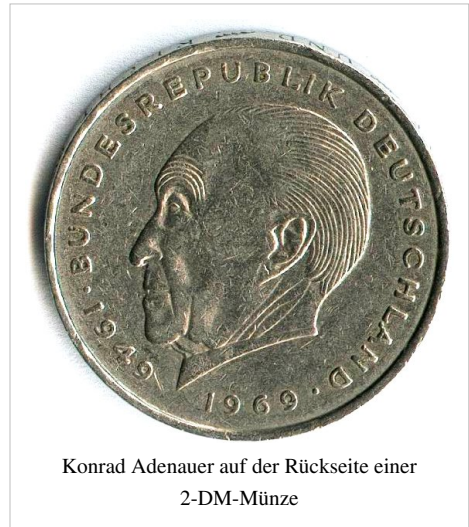
1957 wurde das Saarland wieder Teil der Bundesrepublik. Im März begründeten die Römischen Verträge die EWG. Im November 1959 wandte sich die SPD mit dem Godesberger Programm endgültig vom Marxismus ab. 1959 wurde Heinrich Lübke Nachfolger von Theodor Heuss als Bundespräsident.

Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 kamen Hunderttausende Flüchtlinge aus der DDR in den Westen Deutschlands. Im Zuge des Aufbaus und der Vollbeschäftigung während des so genannten Wirtschaftswunders wurden zunehmend Gastarbeiter, vor allem aus Südeuropa, angeworben.

Im Oktober 1962 musste infolge der Spiegel-Affäre Verteidigungsminister Franz Josef Strauß zurücktreten. Im Januar 1963 wurde der Élysée-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet, mit dem eine grundlegende Aussöhnungspolitik mit dem ehemals als historischen „Erzfeind“ Deutschlands bezeichneten Staat wurde. Am 15. Oktober trat Adenauer als Bundeskanzler zurück.

Nachfolger wurde der so genannte *Vater des Wirtschaftswunders* Ludwig Erhard. Er trat bereits Ende 1966 zurück. Nun bildete Kurt Georg Kiesinger eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD Willy Brandt als Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler. Diese wurde nur als Übergangslösung verstanden, jedoch erzielten sie Erfolge in der Wirtschafts- und Innenpolitik.

1968 wurden die Notstandsgesetze beschlossen. Die unzureichende Verarbeitung der NS-Vergangenheit, der Bildungsnotstand, der Protest gegen den Vietnamkrieg, die Hippiebewegung und die als veraltet empfundene



Konrad Adenauer auf der Rückseite einer 2-DM-Münze



Verteidigungsminister Franz Josef Strauß mit Helmuth von Grolman, dem Wehrbeauftragten, 1959.

Gesellschaftsordnung hatten den Widerstand der studentischen Jugend mit sich gebracht. Durch deren Einfluss veränderten sich darauf Alltagskultur und politisches Leben im Westen Deutschlands erheblich.

Im März 1969 wurde Gustav Heinemann Bundespräsident. Im September kam es nach der Bundestagswahl zu einem Machtwechsel. SPD und FDP bildeten die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt. Diese Regierung betrieb eine neue Ostpolitik der Annäherung an die Ostblockstaaten, die beim Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970, einen international beachteten symbolischen Ausdruck fand. Das Erfurter Gipfeltreffen im März 1970 markiert den Beginn der Annäherung an die DDR. Brandts Ostpolitik wurde vor allem innenpolitisch anfangs heftig kritisiert, sodass die CDU 1972 sogar ein konstruktives Misstrauensvotum versuchte, nachdem Abgeordnete aus SPD und FDP zur CDU/CSU überwechselten und die Koalition die Mehrheit im Bundestag verlor.



Bundeskanzler Willy Brandt und der amerikanische Präsident Richard Nixon

1970 schloss die Bundesrepublik mit Polen den Warschauer Vertrag: Auf die Gebiete östlich der DDR erhob sie nun offiziell keine Ansprüche mehr und sprach sie faktisch Polen zu, auch wenn dies formalrechtlich erst durch die Zustimmung der Alliierten 1990 geschah. Die DDR hatte bereits mit dem Görlitzer Abkommen 1950 die Oder-Neiße-Linie als so genannte „Friedensgrenze“ anerkannt.

Die Innenpolitik prägten die Liberalisierung des Rechtssystems, der Ausbau des sozialen Netzes und Reformen des Bildungswesens. Im Herbst 1973 wurde auch die Bundesrepublik Deutschland von der Ölkrise getroffen, das Wirtschaftswunder war endgültig vorbei. Am 6. Mai 1974 trat Brandt im Zuge der Guillaume-Affäre zurück.

Helmut Schmidt wurde Bundeskanzler, Walter Scheel Bundespräsident. Die Ostpolitik wurde fortgesetzt, schließlich kam es 1975 durch die KSZE zu einem Fortschreiten der Entspannungspolitik.

Innenpolitisch musste sich der Staat mit dem Problem des Linksterrorismus der RAF auseinandersetzen. Dieser erreichte im *Deutschen Herbst* 1977 mit der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer seinen Höhepunkt. Aber auch die wachsende Umwelt- und Friedensbewegung waren Schwerpunkte dieser Zeit (vgl. auch Neue soziale Bewegungen). 1979 wurde Karl Carstens Bundespräsident.

Aufgrund wachsender Spannungen kam es im September 1982 zum Bruch der SPD/FDP-Koalition. Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum Bundeskanzler. Die neue CDU/CSU-FDP-Regierung wurde durch die Bundestagswahlen 1983 bestätigt. Die Grünen zogen bei dieser Wahl als Vertreter der „Neuen sozialen Bewegungen“ erstmals in den Deutschen Bundestag ein und erlangten parlamentarisches Gewicht, nachdem deren Anhänger als außerparlamentarische Opposition viele Jahre lang in unterschiedlichen Zusammenhängen aktiv gewesen waren (vgl. Frauenbewegung, Neue Linke, Atomkraftgegner, K-Gruppen, Friedensbewegung u. a.).

1984 wurde Richard von Weizsäcker Bundespräsident. Anfang 1984 startete das Privatfernsehen in Deutschland, ebenfalls 1984 kam es zur Flick-Affäre und der Frage, ob die Republik käuflich sei. 1986 erschütterte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Europa. Im selben Jahr wurde die Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet, die eine erste größere Reform der EG mit sich brachte und ein wichtiger Schritt zur Europäischen Union war. Im September 1987 besuchte mit Erich Honecker erstmals ein DDR-Staats- und Parteichef die Bundesrepublik.

Nach der friedlichen Revolution in der DDR und der Zustimmung der Siegermächte und beider deutscher Parlamente kam es am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands.

## Deutsche Demokratische Republik 1949 bis 1990

In der neu geschaffenen Volkskammer wurde Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten und Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten gewählt. Bis 1971 übte der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht die entscheidende Macht in der Deutschen Demokratischen Republik aus. Die Hauptstadt war Ost-Berlin.

Im Februar 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, „Stasi“) gegründet. Im Juli wurde die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze vertraglich vereinbart. Am 15. Oktober fanden die ersten Volkskammerwahlen statt. Es wurde über eine Einheitsliste gewählt, die nach offiziellen Angaben 99,3 Prozent der Stimmen erhält. Die Wahlpraxis der Einheitsliste bestand bis 1989.

Am 1. Januar 1951 begann der erste Fünfjahresplan. Im Frühjahr 1952 wurde in Deutschland über die Stalin-Note debattiert, sie wurde schließlich vom Westen abgelehnt. Ende April wurden die ersten Volkseigenen Betriebe (VEB) gebildet und Anfang Juni die erste LPG.

Im Mai 1953 beschloss die SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen. Es regte sich Widerstand. Das Politbüro der SED übte Selbstkritik und verkündete einen *Neuen Kurs*. Am 17. Juni 1953 kam es zu einem Volksaufstand, der mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen wurde.

In den Jahren von 1949 bis 1961 hatten etwa drei Millionen Menschen die DDR verlassen. Um ein weiteres Ausbluten zu verhindern, riegelte die DDR am 13. August 1961 die Grenze zu Berlin (West) durch die Errichtung der Berliner Mauer ab.

Anfang der 1970er kam es zu einer Annäherung zwischen DDR und Bundesrepublik, maßgeblich durch Bundeskanzler Willy Brandt initiiert. Die mit dem Erfurter Gipfeltreffen 1970 einsetzenden Gespräche zwischen beiden Staaten führten zum Grundlagenvertrag im Jahr 1972. Im Mai 1971 wurde Walter Ulbricht entmachtet, sein Nachfolger als Erster Sekretär der SED wurde Erich Honecker.

Die DDR und die Bundesrepublik wurden 1973 Mitglied der UNO. Im Mai 1974 wurden die Ständigen Vertretungen der beiden deutschen Staaten in Bonn und Ost-Berlin errichtet. Im Ergebnis der KSZE wurde am 1. August 1975 auch von beiden Staaten die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet.

1983 erhielt, durch Vermittlung von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, die DDR einen Milliardenkredit aus der Bundesrepublik, der ihre Stabilität sichern sollte. Im September 1987 kam es zum ersten Staatsbesuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik.

Im Sommer und Herbst 1989 flohen immer mehr Bürger der DDR über Ungarn, das am 2. Mai seine Grenze zu Österreich öffnete. Ab dem 11. September konnten DDR-Bürger auch über bundesdeutsche Botschaften in osteuropäischen Staaten ausreisen.

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und die enttäuschten Hoffnungen auf freiheitliche Veränderungen führten im Rahmen der Friedensgebete der Evangelischen Kirche zu Protestdemonstrationen, die sich, vor allem in Leipzig, sehr schnell zu friedlichen Großdemonstrationen ausweiteten.



Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bei der 9. Volksratsitzung im Jahre 1949 in Berlin

Am 18. Oktober trat Honecker zurück. Wenige Tage später folgte ihm die gesamte DDR-Regierung. Am 9. November wurde die Berliner Mauer geöffnet. Die friedlichen Proteste in Form der Montagsdemonstrationen durch die DDR-Bevölkerung führten schließlich zum Sturz des SED-Regimes.

Am 3. Oktober 1990 wurde, gemäß Einigungsvertrag, der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 vollzogen.

*Siehe auch:*

- Chronik der deutschen Teilung
- Deutsch-polnischer Grenzvertrag
- Deutsche Wiedervereinigung 1990

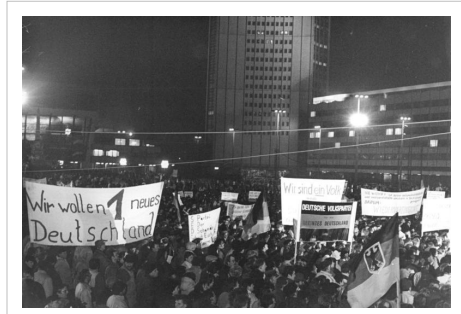
## Vereintes Deutschland seit 1990

Nach der Wiedervereinigung fanden im Dezember 1990 erstmals gesamtdeutsche Bundestagswahlen statt. Helmut Kohl blieb Bundeskanzler und wurde erneut 1994 wiedergewählt. Das Zusammenwachsen der beiden Landesteile, das Umsetzen fälliger Reformen in zahlreichen Bereichen und das Zusammenwachsen der europäischen Staaten sind Hauptthemen im heutigen Deutschland.

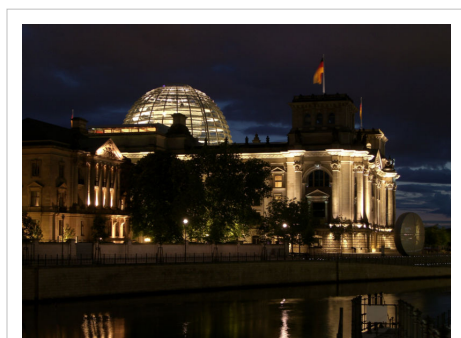
Die Truppen der *Vier Mächte* verließen weitgehend das Land, die noch verbliebenen Militäreinheiten der Westalliierten haben keinerlei Hoheitsbefugnisse mehr und unterliegen dem NATO-Truppenstatut. Seit dem Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 15. März 1991 ist Deutschland auch völkerrechtlich ein in seinen „alten Rechten und Pflichten“ bestehender souveräner Staat. Trotzdem sind heutzutage noch nicht alle Reste der Kriegsfolgen beseitigt, wenngleich mittlerweile obsolet: Artikel 53 und 107 der UNO-Charta (die sogenannte „UN-Feindstaatenklausel“)<sup>[3]</sup> erlauben ohne Beschlüsse des Sicherheitsrates Zwangsmaßnahmen gegen solche Staaten, die im Zweiten Weltkrieg gegen einen der Unterzeichnerstaaten der Charta Krieg führten und erneut den Frieden bedrohen.

Im Rahmen der Wiedervereinigung verpflichtete sich Deutschland zur Abrüstung auf zukünftig maximal 370.000 Soldaten. Territorial erkannte die Bundesrepublik im November 1990 endgültig die Oder-Neiße-Linie als völkerrechtlich verbindliche Grenze zu Polen an (siehe Oder-Neiße-Linie). Später (Januar 1997) folgten Deklarationen zur Aussöhnung mit der Tschechischen Republik.

Mit knapper Mehrheit (338 zu 320 Stimmen) beschloss der Bundestag am 20. Juni 1991, Bonn als Regierungssitz aufzugeben und Regierung und Parlament nach Berlin zu verlegen. Neben der Hauptstadt Berlin ist die Bundesstadt Bonn mit der Mehrzahl der Ministeriumsbeschäftigten und zahlreichen Bundesinstitutionen sowie Dienstsitzen von vier Verfassungsorganen zweites politisches Machtzentrum Deutschlands. Es existieren jedoch auch in anderen Städten Bundesbehörden. Der neue Sitz des Deutschen Bundestags ist das von Grund auf renovierte Reichstagsgebäude in Berlin, in dem erstmalig am 19. April 1999 eine Sitzung stattfand. Bereits früher (bis in die 1970er Jahren) tagte dort das Plenum und einige Ausschüsse, auch der Bundespräsident wurde dort gewählt. Seit September 1999 ist die Bundesregierung endgültig in Berlin angesiedelt.



Montagsdemonstration am 8. Januar 1990 in Leipzig.



Der Reichstag als Symbol der „Berliner Republik“

In den neuen Bundesländern wurde die Infrastruktur enorm verbessert und einige Regionen haben sich gut entwickelt. Trotzdem waren die 1990er Jahre nach einem kurzen Boom der Wiedervereinigung von wirtschaftlicher Stagnation, Massenarbeitslosigkeit und Reformstau geprägt. Mehrere Reformvorhaben der Bundesregierung scheiterten an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat (sogenannte „Blockade“). Vor allem im Osten entwickelte sich die Wirtschaft nicht wie erhofft und angekündigt und die Arbeitslosigkeit ist deutlich höher als im Westen. Dies hat auch zur Folge, dass gerade viele junge Menschen in den Westen ziehen. Es gibt verstärkt rechtsextreme Tendenzen. Die in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umbenannte SED und heutige Die Linke, ist faktisch gleichstark mit SPD und CDU.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht 1992 wurde die Europäische Gemeinschaft (EG) in die Europäische Union (EU) überführt, die deutlich größere Kompetenzen hat. Der Vertrag sah auch die Einführung einer gemeinsamen Währung (Euro) vor und führte zu einer Änderung des Grundgesetzes, wobei auch das Ziel eines Vereinten Europas festgeschrieben wurde. Bundeskanzler Kohl setzte sich auch für die EU-Osterweiterung ein.

Als Jugoslawien 1991 zu zerfallen begann, war Deutschland eines der Länder, welches die Anerkennung der Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien durch die westlichen Staaten massiv unterstützte. Eine direkte Teilnahme am Zweiten Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits lehnte die Bundesregierung mit Blick auf die historische Last ab. Stattdessen leistete Deutschland finanzielle Unterstützung und ersetzte Marineeinheiten der NATO-Partner im Mittelmeer. Nach Beendigung der Kämpfe half ein Verband der Bundesmarine bei der Räumung von Seeminen im Persischen Golf.

1994 wurde Roman Herzog Nachfolger von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident. Er wurde 1999 von Johannes Rau und dieser 2004 von Horst Köhler abgelöst.

In den letzten Jahren wurde immer wieder der Ruf nach einem ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat laut, was im Ausland zunächst kritisch betrachtet, und im Zuge der Verschlechterung des diplomatischen Verhältnisses zu den USA zunehmend unrealistisch wurde. Nach der Wiedervereinigung beteiligte sich die Bundeswehr auch erstmals an „Out-of-area“-Einsätzen.

Bei der Bundestagswahl 1998 wurde die CDU/CSU-FDP-Koalition unter Kohl vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder abgelöst. Ursache war auch der *Reformstau*. Dies war die erste echte Abwahl einer deutschen Bundesregierung, vorangegangene Machtwechsel waren immer ein Wechsel des Koalitionspartners.

Die neue Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ging Reformvorhaben an, diese wurden jedoch zumeist so weit entschärft, dass ihre Wirkung sehr umstritten ist. Nachdem 2000 mit der Versteigerung der UMTS-Lizenzen viel Geld in die Staatskasse gespült wurde, stieg die Verschuldung in den folgenden Jahren aufgrund einer Wirtschaftskrise wieder.

Die Regierung setzte auch erste Ansätze für richtungsweisende Veränderungen in der Sozial-, Renten- und Gesundheitspolitik (siehe Agenda 2010) durch. Mittels der Einnahmen aus der umstrittenen Ökosteuer gelang es, die Lohnnebenkosten (Rentenversicherungsbeiträge) zu reduzieren. Allgemein wurde das Thema Ökologie stärker gewichtet, beispielsweise mit dem Beginn des Atomausstiegs oder Gesetzesinitiativen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Im Rahmen der schon in den 1990er Jahren zugenommenen Öffnung des Weltmarkts, der sogenannten Globalisierung, verlagerten vor allem größere Unternehmen Produktionskapazitäten in sogenannte Billiglohnländer, so dass das Phänomen Massenarbeitslosigkeit bestehen blieb. Andere Reformen der rot-grünen Regierung waren etwa das Lebenspartnerschaftsgesetz, das neue Staatsbürgerschaftsrecht oder und das Gewaltschutzgesetz. Während Schröder für einige Bundesratsabstimmungen CDU-regierte Länder durch



Gerhard Schröder, erster Bundeskanzler einer rot-grünen Koalition in Deutschland, bei einer Wahlkampfveranstaltung im August 2004

Zugeständnisse dazu bewegen konnte, im Sinne der Bundesregierung abzustimmen, scheiterten andere Reformvorhaben von Rot-Grün, wie das Verbraucherinformationsgesetz, an der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat.

Am 1. Januar 2002 wurde der Euro zum offiziellen Zahlungsmittel in Deutschland. Durch die Bundestagswahl 2002 wurde die Koalition bestätigt, wenn auch nur denkbar knapp. Im August 2002 verursachte die Jahrhundertflut an Elbe und Donau erhebliche Schäden. Im Herbst 2004 wurde der Vertrag über eine Verfassung für Europa unterzeichnet und es gab gegen das parteiübergreifend verabschiedete Hartz-Konzept, das zum 1. Januar 2005 umgesetzt wurde, große Proteste. Durch die damit verbundene Neuordnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Einbeziehung der Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik stieg Anfang des Jahres die Zahl der offiziell Arbeitslosen auf über fünf Millionen.

Seit den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 sieht sich die Bundesrepublik Deutschland neuen innen- und außenpolitischen Herausforderungen gegenüber. Nach dem Kampf der USA und ihrer Verbündeten gegen radikale Islamisten in Afghanistan 2002 sind Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan stationiert.

Außenpolitisches Aufsehen erregte Deutschland im Jahre 2003 während des Irakkrieges, an dem sich Deutschland nicht mit Kriegseinsätzen beteiligte. Dies führte zu Konflikten vor allem mit den USA, aber zu großen Sympathiebekundungen der deutschen Bevölkerung gegenüber Schröder, der als Friedenskanzler charakterisiert wurde.

Unmittelbar nach der für die Sozialdemokraten verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2005 – der auch zu einem Regierungswechsel im Düsseldorfer Landtag und einer Machtverschiebung im Bundesrat zugunsten der konservativ-liberalen Opposition führte – kündigte der damalige SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering und Bundeskanzler Gerhard Schröder überraschend Neuwahlen für den Herbst 2005 an. Schröder stellte somit am 1. Juli 2005 im Bundestag die Vertrauensfrage mit dem Ziel, diese absichtlich zu verlieren.<sup>[4]</sup> Bundespräsident Horst Köhler löste dann am 21. Juli 2005 den Bundestag auf und so kamen Neuwahlen, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vertrauensfrage 2005 nicht als verfassungswidrig befunden wurden.<sup>[5] [6] [7]</sup> Bei der folgenden Bundestagswahl erreichte die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen keine eigene parlamentarische Mehrheit mehr, es kam nach wochenlangen Koalitionsverhandlungen zur Bildung der zweiten Großen Koalition in der bundesdeutschen Geschichte aus CDU/CSU und SPD unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Regierungskoalition sah sich angesichts schleppenden Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitslosigkeit einem enormen politischen Erwartungsdruck ausgesetzt. Das Kalkül der Koalitionäre lag in der Hoffnung, eine breite parlamentarische Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat könne bedeutende Reformvorhaben wie die Gesundheitsreform und die Föderalismusreform, die am 17. Dezember 2004 an Meinungsverschiedenheiten über bildungspolitische Kompetenzen gescheitert war, leichter realisieren.

Deutschland findet sich seit der EU-Erweiterung 2004 in einem noch größeren vereinten Europa wieder. Der Versuch, sich mit dem Vertrag über eine Verfassung für Europa eine europäische Verfassung zu geben, muss vorerst als gescheitert angesehen werden. Daraufhin regelt der Vertrag von Lissabon 2007, durch welchen der Vertrag über die Europäische Union weitgehende Änderungen erfuhr, völkerrechtliche Grundlagen zwischen den jetzt 27 Mitgliedstaaten neu.

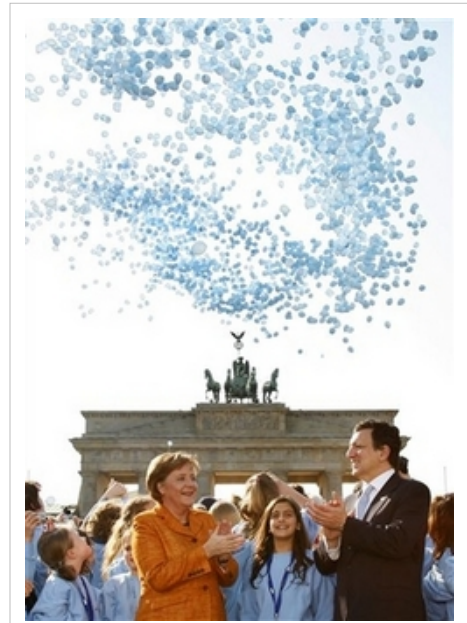
Vom 9. Juni bis 9. Juli war die Bundesrepublik Gastgeberland der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Vertreter aus Sport, Politik und Wirtschaft formulierten im Vorfeld des Turniers große Erwartungen an den Wettbewerb und betonten die auch kritisierte Forderung auf einen Mentalitätswechsel im Selbstverständnis der Deutschen und eine Profilierung als freundlicher Gastgeber.

Im Jahr 2008 geriet Deutschland auch in den Sog einer weltweiten Wirtschaftskrise, die im Wesentlichen durch eine zu freundliche Kreditgewährung insbesondere im Bereich der Immobilienbankgeschäfte ausgelöst wurde. Durch den damit einhergehenden Vertrauensverlust im Bankensektor ist die Kreditvergabe der Banken auch für Unternehmen in weiten Bereichen zusammengebrochen. Die Bundesregierung arbeitet daran, der Krise mit einem breiten Programm an unterschiedlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen reichen von der Verstaatlichung der hoch verschuldeten Hypo Real Estate, der sogenannten Abwrackprämie, über ein breit gewährtes Bürgschaftsprogramm für Banken und andere Unternehmen bis hin zu einer sehr geringfügigen Senkung der Krankenkassenbeiträge für die Allgemeinheit.

Die Bemühungen der Regierung werden in Fachkreisen und in Anbetracht der Bundestagswahl 2009 sehr unterschiedlich beurteilt: Zum einen wird generell über die zusätzliche, staatliche Neuverschuldung und einen angeblich – noch möglichen oder gar nicht – vorhandenen Spielraum für Steuersenkungen und breiter Bürgerentlastung zwischen den Parteien kräftig gestritten. Zum anderen wird, etwa bei der Umweltprämie, die Wirksamkeit der Maßnahmen im einzelnen diskutiert. Weitere Themen, etwa in der Energiepolitik, entwickeln sich zurzeit sehr kontrovers (Stichworte: Solarenergieprogramm in den Saharastaaten, Verlängerung der Laufzeiten alter Kernkraftwerke, technische Fortschritt bei der Speicherbarkeit von Windenergie).

## Siehe auch

### Teilaspekte deutscher Geschichte



Bundeskanzlerin Angela Merkel und José Barroso 2007 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge

- Deutsche Literatur
- Deutsche Marine
- Deutsches Recht
- Deutsche Sprache
- Deutsche Philosophie
- Deutsche Frage
- Geschichte der Parteien in Deutschland
- Deutsche Postgeschichte
- Deutscher Sonderweg
- Holocaust
- Geschichte der Eisenbahn in Deutschland
- Zeit des Nationalsozialismus
- Deutsche Kolonien
- Ostkolonisation
- Oder-Neiße-Linie
- Sudetenland
- Ostgebiete des Deutschen Reiches
- Deutschland im Mittelalter
- Hanse
- Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation (bis 1806)
- Deutscher Bund (1815–1866)
- Deutschland im 20. Jahrhundert

## Kriege

Historische Schlacht der Germanen:

- Varusschlacht (9 n. Chr.)

Artikel zu Kriegen, die mit Beteiligung deutscher Staatengebilde geführt wurden:

- Großer Deutscher Bauernkrieg (1525)
- Schmalkaldischer Krieg (1545/1546)
- Dreißigjähriger Krieg (1618–1648)
- 1. Türkenkrieg (1663/1664)
- Holländischer Krieg (1672–1679)
- 2. Türkenkrieg (1683–1699)
- Pfälzischer Erbfolgekrieg (1688–1697)
- Großer Nordischer Krieg (1700–1721)
- Spanischer Erbfolgekrieg (1701–1714)
- Schlesische Kriege (1740–42, 1744/45, 1756–1763)
- Österreichischer Erbfolgekrieg (1740–1748)
- Siebenjähriger Krieg (1756–1763)
- Bayerischer Erbfolgekrieg (1778/1779)
- Koalitionskriege (1792–1797, 1799–1802, 1805, 1806/1807, 1809)
- Befreiungskriege gegen Napoléon (1813–1815)
- Schleswig-Holsteinischer Krieg (1848–1851)
- Deutsch-Dänischer Krieg (1864)
- Deutscher Krieg (1866)
- Deutsch-Französischer Krieg (1870/1871)
- Boxeraufstand (1900/1901)
- Aufstand der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (Namibia) (1904–1908)
- Maji-Maji-Aufstand in Deutsch-Ostafrika (1905–1907)
- Erster Weltkrieg (1914–1918)
- Spanischer Bürgerkrieg (1936–1939)
- Zweiter Weltkrieg (1939–1945)
- Kosovokrieg (1999)

## Revolutionen

Artikel zu Revolutionen und revolutionsähnlichen Entwicklungen, die in Deutschland beziehungsweise auf dessen heutigem Gebiet stattfanden und zu teilweise grundlegenden Umbrüchen in der deutschen Geschichte führten:

- Deutscher Bauernkrieg (1524/1525)
- Deutsche Revolution 1848/49
- Novemberrevolution (1918/1919)
- Sturz des SED-Regimes in der DDR (1989/1990)

## **Geschichte früherer und heutiger deutscher Gliedstaaten**

in alphabetischer Reihenfolge

- Baden-Württemberg
- Anhalt
- Baden
- Geschichte Bayerns
- Geschichte Berlins
- Böhmen
- Mark Brandenburg
- Geschichte Brandenburgs
- Geschichte der Stadt Bremen
- Reichsland Elsaß-Lothringen
- Geschichte Hamburgs
- Geschichte Hessens
- Mähren
- Geschichte Mecklenburgs
- Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns
- Niedersachsen
- Geschichte Nordrhein-Westfalens
- Geschichte Österreichs
- Ostfränkisches Reich seit 806
- Ostpreußen
- Geschichte Pommerns
- Preußen
- Rheinland-Pfalz
- Geschichte des Saarlandes
- Geschichte Sachsens
- Geschichte Sachsen-Anhalts
- Schlesien
- Schleswig-Holstein
- Geschichte Thüringens
- Westpreußen
- Württemberg

## **Geschichte deutscher Großstädte**

- Berlin
  - Bonn
  - Braunschweig
  - Dresden
  - Erfurt
  - Frankfurt am Main
  - Gera
  - Hamburg
  - Köln
  - Leipzig
  - München
-

- Rostock
- Stuttgart

## Übergeordnete Artikel

- Portal:Deutschland
- Ur- und Frühgeschichte Mitteleuropas
- Geschichte Europas

## Literatur

### Quellensammlungen

- Rainer A. Müller (Hrsg.): *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung*. 11 Bde. Reclam, Stuttgart 1995–2002 (Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 17001–17011). *Sehr gute Quellensammlung zur deutschen Geschichte, vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart. Jede Quelle ist knapp kommentiert, dazu gesellt sich eine allgemeine Einleitung zum geschichtlichen Kontext der jeweiligen Epoche.*

### Sekundärliteratur in Auswahl

#### Knappe Übersichtsdarstellungen

- *Deutsche Geschichte*. 3 Bde. Sonderausgabe, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985; zus. XXVII, ISBN 3-525-36187-4. (Sehr gute knappe Übersichtsdarstellung zur deutschen Geschichte. Für den Einstieg gut geeignet.)
- Ulf Dirlmeier, Andreas Gestrich, Ulrich Herrmann, Ernst Hinrichs, Christoph Kleßmann, Jürgen Reulecke: *Kleine deutsche Geschichte*. Durchgesehene und verbesserte Ausgabe Reclam, Stuttgart 1998 (Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 9359), ISBN 3-15-009359-7. (Knappe Übersichtsdarstellung; nur für den ersten Überblick geeignet.)
- Helmut M. Müller: *Schlaglichter der deutschen Geschichte*. Bonn 2003.
- Hagen Schulze: *Kleine deutsche Geschichte*. Beck, München 1998, ISBN 3-406-40999-7. (Sehr verkürzende Darstellung, die sich auf die allgemeinen Grundlinien konzentriert.)

#### Vertiefende Darstellungen beziehungsweise Überblicke

- Enzyklopädie deutscher Geschichte. (Die jeweiligen Bände nehmen wichtige Epochen oder geschichtliche Gegenstände auf und sind jeweils in Darstellung, Forschungsmeinung und eine umfassende Bibliographie gegliedert. Ein für die wissenschaftliche Arbeit unersetzbares Instrument.)
- Dieter Groh u. a. (Hrsg.): *Propyläen Geschichte Deutschlands*, 9 Bde. (bisher), Berlin 1983 ff. (Wohl die beste, für ein breiteres und gebildetes Publikum geschriebene Darstellung der deutschen Geschichte, von den Anfängen bis 1933; Band 7 wurde in zwei Teilen ausgeliefert, Bd. 9 wurde später aufgrund ernster Bedenken inhaltlicher Art wieder zurückgezogen.)
- Herbert Grundmann (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Geschichte*. 9. Aufl., 4 Bde. (auch als Taschenbuchausgabe in 22 Bde.), Stuttgart 1970 ff. (Die 10. Aufl. dieses Standardwerks ist erst im Entstehen begriffen; trotz des Alters gerade aufgrund der zahlreichen Quellenbelege und der Weite der darin dargestellten Thematik unverzichtbar für die wissenschaftliche Arbeit.)
- *Neue Deutsche Geschichte*. Beck, München. (Im Entstehen begriffene moderne Darstellung der deutschen Geschichte vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart, die weniger Wert auf die Ereignisgeschichte legt als noch der Gebhardt.)
- *Die Deutschen und ihre Nation..* Siedler, Berlin, 12 Bde. (Hervorragende Darstellung, die sich an ein breiteres Publikum wendet, mit zahlreichen Abbildungen.)

- Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): *Moderne Deutsche Geschichte*. 12 Bde. u. Reg.-Bd. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1996, ISBN 3-518-09240-5. (Umfassende Darstellung der deutschen Geschichte seit der Frühen Neuzeit.)
- Jochen Gaile: *Wir Deutschen. Neue Deutsche Geschichte im Grundriss*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2009, ISBN 978-3-515-08855-8.

## Weblinks

- Virtual Library Geschichte <sup>[8]</sup>
- Lebendiges Virtuelles Museum Online – Geschichtliche Hintergründe ab dem Kaiserreich bis zur Gegenwart <sup>[9]</sup> (Original-Dokumente, Videos und Bilder zur Verdeutlichung vorhanden)
- Index zur Deutschen Geschichte <sup>[10]</sup>
- Übersichtsseite mit Links zu Artikeln über die einzelnen Epochen der deutschen Geschichte zwischen ca. 1250 und 1989 (einzelne Artikel spärlich bebildert, aber relativ ausführlich und anschaulich strukturiert) <sup>[11]</sup>
- historische Quellensammlung zur deutschen Geschichte seit der napoleonischen Epoche mit Gesetzes- und Verfassungstexten sowie völkerrechtlichen Verträgen <sup>[12]</sup>
- ZDF-Geschichtsdokumentation „Die Deutschen“ <sup>[13]</sup>
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Nationalsozialistische Außenpolitik: der Weg in den Krieg* (Informationen zur politischen Bildung, Heft 266, Druckversion) <sup>[14]</sup>
- Deutscher Bundestag: *Parlaments- und verfassungsgeschichtliche Ausstellung* <sup>[15]</sup>

## Einzelnachweise

- [1] Vgl. Hans Delbrück: „Eine einheitliche große Nation gibt es erst, wenn sie eine gemeinsame große Tat vollbracht hat, und die eigentliche Geburtsstunde des deutschen Reiches ist deshalb der 10. August 955, die Schlacht auf dem Lechfeld. [...]“ Aus: Rütten & Loening: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, v.43 1995, no. 1–6, S. 416.
- [2] Jan von Flocken: *Lechfeld – Geburt der deutschen Nation* ([http://www.welt.de/wissenschaft/history/article948139/Lechfeld\\_Geburt\\_der\\_deutschen\\_Nation.html](http://www.welt.de/wissenschaft/history/article948139/Lechfeld_Geburt_der_deutschen_Nation.html)), Welt Online, 15. Juni 2007.
- [3] vgl. Georg Ress, Artikel 53 und Artikel 107. In: Bruno Simma (Hrsg.), *Charta der Vereinten Nationen*. Kommentar, München 1991, S. 679, 1104 f.
- [4] Schröder verliert die Vertrauensfrage absichtlich ([http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video109486\\_bcId-sendung6454\\_ply-internal\\_res-ms256\\_vChoice-video109486.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video109486_bcId-sendung6454_ply-internal_res-ms256_vChoice-video109486.html)), tagesschau, 20:00 Uhr, 1. Juli 2005
- [5] Bundespräsident löst den Bundestag auf ([http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video107708\\_bcId-sendung6356\\_ply-internal\\_res-ms256\\_vChoice-video107710~video107706.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video107708_bcId-sendung6356_ply-internal_res-ms256_vChoice-video107710~video107706.html)), tagesschau, 20:00 Uhr, 22. Juli 2005
- [6] *Verhandlung über Neuwahl*, Bundesverfassungsgericht verhandelt über die Verfassungsmäßigkeit der „unechten Vertrauensfrage“ ([http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video106074\\_bcId-sendung6264\\_ply-internal\\_res-ms256\\_vChoice-video106094.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video106074_bcId-sendung6264_ply-internal_res-ms256_vChoice-video106094.html)), tagesschau.de
- [7] Verfassungsgericht ermöglicht vorgezogene Neuwahl ([http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video104572\\_bcId-sendung6182\\_ply-internal\\_res-ms256\\_vChoice-video104612~video104604.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video104572_bcId-sendung6182_ply-internal_res-ms256_vChoice-video104612~video104604.html)), tagesschau, 20:00 Uhr, 25. August 2005
- [8] <http://www.phil.uni-erlangen.de/~p1ges/vl-dtld.html>
- [9] <http://www.dhm.de/lemo/home.html>
- [10] <http://www.wsgn.euw-frankfurt-o.de/vc/pageD.html>
- [11] <http://geschichtsverein-koengen.de/DtGesch.htm>
- [12] <http://www.documentarchiv.de/>
- [13] <http://www.diedeutschen.zdf.de/>
- [14] [http://www.bpb.de/popup/popup\\_druckversion.html?guid=06170038261947504027993510359889](http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=06170038261947504027993510359889)
- [15] <http://www.bundestag.de/geschichte/ausstellungen/verfassung/index.html>

# Quelle(n) und Bearbeiter des/der Artikel(s)

**Geschichte Deutschlands** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?oldid=81887120> *Bearbeiter:* 36phiuchi, 4tilden, 7Pinguine, 7z, 98erman, AHZ, ALE!, AURL, Adalbert, Aka, Aktium, Albrecht1, Aldawalda, Alexander Fischer, Alexander Z., Alfons2, Alkab, Allesmüller, Alma, Aloiswuest, Altileopard, AmiUhle, Ammonius, Anathema, Andante, Andibrunt, Andim, Andreas75, Androl, Anteeru, Anti STASI, Anton-Josef, Artemisia, Atompilz, Aussteiger21, Aww2002, Ayacop, Azim, BLueFiSH.as, BS Thurner Hof, BSVLeeden, Bahnmoeller, Baikunur, BangertNo, Bara, Baumfreund-FFM, Ben-Zin, Benatrevrqe, Benowar, BertholdD, BishkekRocks, Blatand, Bondon, BrotherM, Brunswyk, C.Löser, Capaci34, Carbidfischer, CedricBLN, Centic, Cethegus, Chris Furkert, Christian1985, CommonsDelinker, Complex, Connum, Konversion script, Cosal, Crux, Ctsu, César, DaB., DaQuirin, Dai, Daniel B, Darkone, Decius, Delos, Der Boss der Bosse, DerHerrMigo, DerHexer, DiethartK, Dievo, Dirk33, Dishayloo, Dodo19, Don Magnifico, Dr. Alexander Mayer, Dr. Gert Blazejewski, Dr. Manuel, DrMonokel, Drahreg01, Driessel, Dudenfreund, Duesentrieb, Dueseljan, Dylac, EBB, EBI, ERabung, Edwardkönigg100, Ehrhardt, El Duende, ElArmin, Elbarto2323, Elya, Emkaer, Ephraim33, ErikDunsing, Execger, FMue, Fedi, Fixlink, Flammimgo, Florian.Keßler, Flups, Fossa, Foundert, Freund der Tatsachen, Friedrick.Kromberg, Fritz, Fseiffert, Fusslkopp, Fäberer, G, GDK, Gabor, Gallant Crow, Gamma9, Gancho, Gbeckmann, Geitost, Geof, Geos, Gerbil, Gerd 26, Gerd Roppelt, Gissi, Gnu1742, Gobnuts, Gogafax, Grabbi, Griensteidl, Guety, Gunther, Göttersohn, Hafenbar, Hans Dunkelberg, Hans-Heinrich Mohr, Hardenacke, Harmonica, Head, Heinte, Helenopel, HenHei, Henriette Fiebig, Herrgott, Herrick, Hhp4, Hibodikus, HisPhlowness, Historyk, Hofres, Hoss, Howwi, Hozro, HuckTwain, Humbug, Hydro, Init, Inschanör, Interpretix, Ixitixel, J budissin, J. Patrick Fischer, JCV, JCS, Janneman, Jcornelius, Jed, Jeldrik, Jesusfreund, Jivee Blau, JohannWalter, JohannesVolkmann, John Doe, Jordi, Julius1990, Kaloy, Karl-Henner, Kasseler, Katty, King, Kiwiv, Klugschnacker, Konradin, Kpisimon, Kris Kaiser, Krtek76, KuK, Kune, Kurt Jansson, Langelc, Lauterbacher, Lawa, Lax, Lefanu, Leipnizkeks, Leit, Leithian, Leki, Lexoldie, Lofor, Lorenz Steinke, Ludger1961, Luha, Lyzzy, M-J, MAK, MAY, MFM, MGla, MKir 13, Maatoo, Mac ON, Machahn, Maggi, Magipulus, Manfred Roth, Mannerheim, Markus Mueller, Markus Schweiß, MarkusHagenlocher, Martin-vogel, Martin.k, Matt1971, Matthead, Matze-Popatze, Mautpreller, Medaniho, Media lib, Melia, Melkom, Memmingen, Memnon335bc, Miegot, Michail, Mipango, Mkill, Mnh, Mogelzahn, Msdes, Mugros, Mwka, N.a.b.a.d.w.i.s, N3MO, Nar wik, Nephiliskos, New European, Nhp, NiTenlchiRyu, NightBeAsT, Nixed, NoCultureIcons, Nocturne, NordNordWest, Odin, Okrumnow, Ot, Otberg, Otto, POY, Pacogof, Paddy, Palü, Patrick.kursawe, Pelagus, Perrak, Pessottino, Peter PanDa, Peter Steinberg, Peter200, PeterFrankfurt, PhHertzog, Phan Ba, Phi, Phil41, Philipp Wetzlar, Pirnscher Mönch, Pischdi, Pistazienfresser, Pittimann, Pjo, Plattmaster, PodracerHH, Postmann Michael, Prissantenbär, Proeliorat, Prolineserver, Proxy, Q'Alex, R-schlusser, Rabauz, Rat, Raubfisch, Raven, Raymond, Redrhino, Regi51, Ri st, Riam!, Riptor, Robodoc, RonaldH, Roo1812, Rosenzweig, Rotstift, Rower2000, Rs newhouse, Rübenmensch, S.Didam, Saehrimmir, Salmi, Samuel Sprachforscher, Sandale, Sanscolotte, Sargoth, Schaengel89, Schewek, Schiefbauer, Schmelzle, Schoopr, Schwall, Sebastian, Sebastian Mehlmacher, Sebastian Wallroth, Seewolf, Semikondukator, Semper, Septembervormen, Sicherlich, Sigune, SingleMalt, Skriptor, SoniC, Southpark, Spes Rei, Spock, Spuk968, Srbauer, St.Krekele, SteMicha, Stechlin, Stefan Kühn, Stefan h, Stefan-Xp, StefanAndres, Steffen Löwe Gera, Steffen M., Stephele, Stern, Steschke, StillesGrinsen, Stolp, Stor stark7, Stw, Sukarnobumbol, Superbass, Svench, Sümpf, TableSitter, Tafkas, Tarquin, Terabyte, Testtube, TeunSpaans, Theophanu, Thüringer, Ticketautomat, Tilo, TimBs, Tk, Toffel, Trainspotter, Triebfäter, Träumer, Tsor, Ty von Sevelingen, Tzzzpfiff, Ullamm, Ulenspyggl, Ulitz, Ulrich.fuchs, Ungebeten, Unscheinbar, Urbanus, Uuu87, Uwe Gille, Venividwiki, Voyager, W. A. R., W. Berlin, W.wolny, WHell, WIKIdesigner, WKr, Waelder, Waluigi, Werwiewas, Westfalenbaer, WikiNight, Wilhelmus, Wolpertinger, Woz44, Wst, Würfel, Xqt, Yorg, YourEyesOnly, Zahnstein, Zarbi, Zenit, Zeno Gantner, Ziegelbrenner, Ziko, Zornfrucht, Zumbo, pd9E75947.dip.t-dialin.net, °, 326 anonyme Bearbeitungen

# Quelle(n), Lizenz(en) und Autor(en) des Bildes

**Datei:Flag of Germany.svg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag\\_of\\_Germany.svg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Flag_of_Germany.svg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* User:Madden, User:Pumbaa80, User:SKopp

**Datei:EU-Germany.svg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:EU-Germany.svg> *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 3.0 *Bearbeiter:* User:NuclearVacuum

**Datei:GermanenAD50.png** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:GermanenAD50.png> *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 3.0 *Bearbeiter:* User:Ziegelbrenner

**Datei:Treaty of Verdun.svg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Treaty\\_of\\_Verdun.svg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Treaty_of_Verdun.svg) *Lizenz:* GNU Free Documentation License *Bearbeiter:* Christoph S., Wolpertinger

**Datei:Heiliges Römisches Reich 1000.PNG** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Heiliges\\_Römisches\\_Reich\\_1000.PNG](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Heiliges_Römisches_Reich_1000.PNG) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Gustav Droysen

**Datei:Hildegard.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Hildegard.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Original uploader was RobertLechner at de.wikipedia

**Datei:Goldene-bulle 1c-480x475.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Goldene-bulle\\_1c-480x475.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Goldene-bulle_1c-480x475.jpg) *Lizenz:* GNU Free Documentation License *Bearbeiter:* G.dallorto, Heelgrasper, Interpretix, Michail, Santosga, Skim, 1 anonyme Bearbeitungen

**Datei:HRR 1400.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:HRR\\_1400.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:HRR_1400.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution 2.5 *Bearbeiter:* User:Ziegelbrenner

**Datei:Martin Luther by Lucas Cranach der Ältere.jpeg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Martin\\_Luther\\_by\\_Lucas\\_Cranach\\_der\\_Ältere.jpeg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Martin_Luther_by_Lucas_Cranach_der_Ältere.jpeg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* User:Ævar Arnfjörð Bjarmason

**Datei:HRR 1648.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:HRR\\_1648.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:HRR_1648.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution 2.5 *Bearbeiter:* ziegelbrenner

**Datei:Friedrich Wilhelm I of Brandenburg.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Friedrich\\_Wilhelm\\_I\\_of\\_Brandenburg.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Friedrich_Wilhelm_I_of_Brandenburg.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* BLueFiSH.as, Der Eberswalder, Dr Juzam, Jmabel, MGA73, Madmedea, Michail, Ulf Heinsohn, Xenophon

**Datei:Gottfried Wilhelm von Leibniz.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Gottfried\\_Wilhelm\\_von\\_Leibniz.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Gottfried_Wilhelm_von_Leibniz.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Beyond My Ken, Davidlud, Eusebius, Factumquintus, Gabor, Luestling, Mattes, Schaengel89, Svench, Tomisti, 4 anonyme Bearbeitungen

**Datei:HRR 1789.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:HRR\\_1789.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:HRR_1789.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution 2.5 *Bearbeiter:* ziegelbrenner

**Datei:Frederick william 3.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Frederick\\_william\\_3.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Frederick_william_3.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* AndreasPraefcke, Denniss, Hispa, Jmabel, Moeng, Schaengel89

**Datei:Hw-metternich.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Hw-metternich.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Deadstar, DieBuche, Gerhard51, Gryffindor, Makthorpe, Mmm448, Paddy, Picture Master, Wst, 2 anonyme Bearbeitungen

**Datei:Deutscher Bund.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutscher\\_Bund.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutscher_Bund.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution 2.5 *Bearbeiter:* ziegelbrenner

**Datei:Maerz1848 berlin.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Maerz1848\\_berlin.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Maerz1848_berlin.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Benutzer:Emergenz

**Datei:Otto von Bismarck.JPG** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Otto\\_von\\_Bismarck.JPG](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Otto_von_Bismarck.JPG) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Evert A. Duykinck, A Portrait Gallery of Eminent Men and Women of Europe and America, with Biographies. New York: Johnson, Wilson and Company.

**Datei:Henry-Bethel-Strousberg.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Henry-Bethel-Strousberg.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* BLueFiSH.as, Mutter Erde, Thomas7

**Datei:Deutsches Reich1.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutsches\\_Reich1.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutsches_Reich1.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 2.5 *Bearbeiter:* kgberger

**Datei:Wilhelm I Friedrich Ludwig.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Wilhelm\\_I\\_Friedrich\\_Ludwig.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Wilhelm_I_Friedrich_Ludwig.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* ChristianBier, Diligent, Schaengel89, StromBer

**Datei:Ernst Werner von Siemens.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Ernst\\_Werner\\_von\\_Siemens.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Ernst_Werner_von_Siemens.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Eirik, EugeneZelenko, LSDSL, Mardus, PFHLai, Tohma

**Datei:Deutsches Reich2.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutsches\\_Reich2.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutsches_Reich2.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution 2.5 *Bearbeiter:* kgberger

**Datei:Otto Hahn und Lise Meitner.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Otto\\_Hahn\\_und\\_Lise\\_Meitner.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Otto_Hahn_und_Lise_Meitner.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Department of Energy, Office of Public Affairs.

**Datei:Noether.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Noether.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Anarkman, Awadewit, Darapti, Factumquintus, Gene.arbeit, Lambiam, Romary

**Datei:Naziaufmarsch Fuerth Nuernberg.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Naziaufmarsch\\_Fuerth\\_Nuernberg.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Naziaufmarsch_Fuerth_Nuernberg.jpg) *Lizenz:* unbekannt *Bearbeiter:* Ferdinand Vitzethum

**Datei:Grossdeutsches Reich NS Administration 1944.png** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Grossdeutsches\\_Reich\\_NS\\_Administration\\_1944.png](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Grossdeutsches_Reich_NS_Administration_1944.png) *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 3.0 *Bearbeiter:* User:Execger

**Datei:Buchenwald-bei-Weimar-am-24-April-1945.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Buchenwald-bei-Weimar-am-24-April-1945.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Berrucomons, Cro0016, Goodgirl, Jklamo, Korman, Pieter Kuiper, Plindenbaum, Sammyday, Schekinov Alexey Victorovich, WernerPopken

**Datei:Deutschland1871-1991.png** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutschland1871-1991.png> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Original uploader was Flostre at de.wikipedia Later version(s) were uploaded by Jordi at de.wikipedia

- Datei:Deutschland Besatzungszonen 8 Jun 1947 - 22 Apr 1949.svg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutschland\\_Besatzungszonen\\_8\\_Jun\\_1947\\_-\\_22\\_Apr\\_1949.svg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Deutschland_Besatzungszonen_8_Jun_1947_-_22_Apr_1949.svg) *Lizenz:* GNU Free Documentation License *Bearbeiter:* User:WikiNight2
- Datei:General-Dwight-D-Eisenhower-Lt-General-Lucius-D-Clay-at-Gatow-Airport-in-Berlin.gif** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:General-Dwight-D-Eisenhower-Lt-General-Lucius-D-Clay-at-Gatow-Airport-in-Berlin.gif> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Axel.Mauruszat, BrokenSegue, Easyplex, Nobunaga24, Srittau, Thomas7, Thuresson, 2 anonyme Bearbeitungen
- Datei:SED Logo.svg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:SED\\_Logo.svg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:SED_Logo.svg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* User:Connum, User:Stw
- Datei:Muenze 2dm adenauer.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Muenze\\_2dm\\_adenauer.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Muenze_2dm_adenauer.jpg) *Lizenz:* GNU Free Documentation License *Bearbeiter:* Avron, Drdoht, Lennert B, Lzur, Mogelzahn, Srittau
- Datei:Bundesarchiv Bild 183-64381-0016, Helmut von Grolman und Franz Josef Strauß.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-64381-0016\\_Helmut\\_von\\_Grolman\\_und\\_Franz\\_Josef\\_Strauß.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bundesarchiv_Bild_183-64381-0016_Helmut_von_Grolman_und_Franz_Josef_Strauß.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* AnRo0002, Felix Stember, Martin H., Ras67
- Datei:Willy-brandt-und-richard-nixon 1-588x398.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Willy-brandt-und-richard-nixon 1-588x398.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* (technical work)
- Datei:Bundesarchiv Bild 183-G1122-0600-130, Berlin, DDR-Gründung, 9. Volksratsitzung.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-G1122-0600-130\\_Berlin\\_DDR-Gründung\\_9\\_Volksratsitzung.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bundesarchiv_Bild_183-G1122-0600-130_Berlin_DDR-Gründung_9_Volksratsitzung.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* ALE!, Groupsixty, Ras67
- Datei:Bundesarchiv Bild 183-1990-0108-033, Leipzig, Montagsdemonstration.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bundesarchiv\\_Bild\\_183-1990-0108-033\\_Leipzig\\_Montagsdemonstration.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Bundesarchiv_Bild_183-1990-0108-033_Leipzig_Montagsdemonstration.jpg) *Lizenz:* unbekannt *Bearbeiter:* Gahlbeck, Friedrich
- Datei:Reichstag night.JPG** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Reichstag\\_night.JPG](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Reichstag_night.JPG) *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 2.5 *Bearbeiter:* Times
- Datei:Gerhardschroeder.jpg** *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Gerhardschroeder.jpg> *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* Jon Harald Søby, Schekinov Alexey Victorovich, 2 anonyme Bearbeitungen
- Datei:MerkelEU50 2.jpg** *Quelle:* [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:MerkelEU50\\_2.jpg](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:MerkelEU50_2.jpg) *Lizenz:* Public Domain *Bearbeiter:* User:EFischer

# Lizenz

## Wichtiger Hinweis zu den Lizenzen

Die nachfolgenden Lizenzen beziehen sich auf den Artikeltext. Im Artikel gezeigte Bilder und Grafiken können unter einer anderen Lizenz stehen sowie von Autoren erstellt worden sein, die nicht in der Autorenliste erscheinen. Durch eine noch vorhandene technische Einschränkung werden die Lizenzinformationen für Bilder und Grafiken daher nicht angezeigt. An der Behebung dieser Einschränkung wird gearbeitet. Das PDF ist daher nur für den privaten Gebrauch bestimmt. Eine Weiterverbreitung kann eine Urheberrechtsverletzung bedeuten.

### Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported - Deed

Diese "Commons Deed" ist lediglich eine vereinfachte Zusammenfassung des rechtsverbindlichen Lizenzvertrages ([http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Lizenzbestimmungen\\_Commons\\_Attribution-ShareAlike\\_3.0\\_Unported](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Lizenzbestimmungen_Commons_Attribution-ShareAlike_3.0_Unported)) in allgemeinverständlicher Sprache.

Sie dürfen:

- das Werk bzw. den Inhalt **vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen**
- Abwandlungen und Bearbeitungen** des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

- Namensnennung** — Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.
- Weitergabe unter gleichen Bedingungen** — Wenn Sie das lizenzierte Werk bzw. den lizenzierten Inhalt bearbeiten, abwandeln oder in anderer Weise erkennbar als Grundlage für eigenes Schaffen verwenden, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch, vergleichbar oder kompatibel sind.

Wobei gilt:

- Verzichtserklärung** — Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die ausdrückliche Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Sonstige Rechte** — Die Lizenz hat keinerlei Einfluss auf die folgenden Rechte:
  - Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts und sonstigen Befugnisse zur privaten Nutzung;
  - Das Urheberpersönlichkeitsrecht des Rechteinhabers;
  - Rechte anderer Personen, entweder am Lizenzgegenstand selber oder bezüglich seiner Verwendung, zum Beispiel Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen.
- Hinweis** — Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen alle Lizenzbedingungen mitteilen, die für dieses Werk gelten. Am einfachsten ist es, an entsprechender Stelle einen Link auf <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de> einzubinden.

### Haftungsbeschränkung

Die „Commons Deed“ ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache, aber auch stark vereinfacht wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

## GNU Free Documentation License

Version 1.2, November 2002

Copyright (C) 2000,2001,2002 Free Software Foundation, Inc.

51 Franklin St, Fifth Floor, Boston, MA 02110-1301 USA

Everyone is permitted to copy and distribute verbatim copies

of this license document, but changing it is not allowed.

### 0. PREAMBLE

The purpose of this License is to make a manual, textbook, or other functional and useful document "free" in the sense of freedom: to assure everyone the effective freedom to copy and redistribute it, with or without modifying it, either commercially or noncommercially. Secondly, this License preserves for the author and publisher a way to get credit for their work, while not being considered responsible for modifications made by others.

This License is a kind of "copyleft", which means that derivative works of the document must themselves be free in the same sense. It complements the GNU General Public License, which is a copyleft license designed for free software.

We have designed this License in order to use it for manuals for free software, because free software needs free documentation: a free program should come with manuals providing the same freedoms that the software does. But this License is not limited to software manuals; it can be used for any textual work, regardless of subject matter or whether it is published as a printed book. We recommend this License principally for works whose purpose is instruction or reference.

### 1. APPLICABILITY AND DEFINITIONS

This License applies to any manual or other work, in any medium, that contains a notice placed by the copyright holder saying it can be distributed under the terms of this License. Such a notice grants a world-wide, royalty-free license, unlimited in duration, to use that work under the conditions stated herein. The "Document", below, refers to any such manual or work. Any member of the public is a licensee, and is addressed as "you". You accept the license if you copy, modify or distribute the work in a way requiring permission under copyright law.

A "Modified Version" of the Document means any work containing the Document or a portion of it, either copied verbatim, or with modifications and/or translated into another language.

A "Secondary Section" is a named appendix or a front-matter section of the Document that deals exclusively with the relationship of the publishers or authors of the Document to the Document's overall subject (or to related matters) and contains nothing that could fall directly within that overall subject. (Thus, if the Document is in part a textbook of mathematics, a Secondary Section may not explain any mathematics.) The relationship could be a matter of historical connection with the subject or with related matters, or of legal, commercial, philosophical, ethical or political position regarding them.

The "Invariant Sections" are certain Secondary Sections whose titles are designated, as being those of Invariant Sections, in the notice that says that the Document is released under this License. If a section does not fit the above definition of Secondary then it is not allowed to be designated as Invariant. The Document may contain zero Invariant Sections. If the Document does not identify any Invariant Sections then there are none.

The "Cover Texts" are certain short passages of text that are listed, as Front-Cover Texts or Back-Cover Texts, in the notice that says that the Document is released under this License. A Front-Cover Text may be at most 5 words, and a Back-Cover Text may be at most 25 words.

A "Transparent" copy of the Document means a machine-readable copy, represented in a format whose specification is available to the general public, that is suitable for revising the document straightforwardly with generic text editors or (for drawings) some widely available drawing editor, and that is suitable for input to text formatters or for automatic translation to a variety of formats suitable for input to text formatters. A copy made in an otherwise Transparent file format whose markup, or absence of markup, has been arranged to thwart or discourage subsequent modification by readers is not Transparent. An image format is not Transparent if used for any substantial amount of text. A copy that is not "Transparent" is called "Opaque".

Examples of suitable formats for Transparent copies include plain ASCII without markup, Texinfo input format, LaTeX input format, SGML or XML using a publicly available DTD, and standard-conforming simple HTML, PostScript or PDF designed for human modification. Examples of transparent image formats include PNG, XCF and JPG. Opaque formats include proprietary formats that can be read and edited only by proprietary word processors, SGML or XML for which the DTD and/or processing tools are not generally available, and the machine-generated HTML, PostScript or PDF produced by some word processors for output purposes only.

The "Title Page" means, for a printed book, the title page itself, plus such following pages as are needed to hold, legibly, the material this License requires to appear in the title page. For works in formats which do not have any title page as such, "Title Page" means the text near the most prominent appearance of the work's title, preceding the beginning of the body of the text.

A section "Entitled XYZ" means a named subunit of the Document whose title either is precisely XYZ or contains XYZ in parentheses following text that translates XYZ in another language. (Here XYZ stands for a specific section name mentioned below, such as "Acknowledgements", "Dedications", "Endorsements", or "History".) To "Preserve the Title" of such a section when you modify the Document means that it remains a section "Entitled XYZ" according to this definition.

The Document may include Warranty Disclaimers next to the notice which states that this License applies to the Document. These Warranty Disclaimers are considered to be included by reference in this License, but only as regards disclaiming warranties; any other implication that these Warranty Disclaimers may have is void and has no effect on the meaning of this License.

### 2. VERBATIM COPYING

You may copy and distribute the Document in any medium, either commercially or noncommercially, provided that this License, the copyright notices, and the license notice saying this License applies to the Document are reproduced in all copies, and that you add no other conditions whatsoever to those of this License. You may not use technical measures to obstruct or control the reading or further copying of the copies you make or distribute. However, you may accept compensation in exchange for copies. If you distribute a large enough number of copies you must also follow the conditions in section 3.

You may also lend copies, under the same conditions stated above, and you may publicly display copies.

### 3. COPYING IN QUANTITY

If you publish printed copies (or copies in media that commonly have printed covers) of the Document, numbering more than 100, and the Document's license notice requires Cover Texts, you must enclose the copies in covers that carry, clearly and legibly, all these Cover Texts: Front-Cover Texts on the front cover, and Back-Cover Texts on the back cover. Both covers must also clearly and legibly identify you as the publisher of these copies. The front cover must present the full title with all words of the title equally prominent and visible. You may add other material on the covers in addition. Copying with changes limited to the covers, as long as they preserve the title of the Document and satisfy these conditions, can be treated as verbatim copying in other respects.

If the required texts for either cover are too voluminous to fit legibly, you should put the first ones listed (as many as fit reasonably) on the actual cover, and continue the rest onto adjacent pages.

If you publish or distribute Opaque copies of the Document numbering more than 100, you must either include a machine-readable Transparent copy along with each Opaque copy, or state in or with each Opaque copy a computer-network location from which the general network-using public has access to download using public-standard network protocols a complete Transparent copy of the Document, free of added material. If you use the latter option, you must take reasonably prudent steps, when you begin distribution of Opaque copies in quantity, to ensure that this Transparent copy will remain thus accessible at the stated location until at least one year after the last time you distribute an Opaque copy (directly or through your agents or retailers) of that edition to the public.

If it is requested, but not required, that you contact the authors of the Document well before redistributing any large number of copies, to give them a chance to provide you with an updated version of the Document.

#### 4. MODIFICATIONS

You may copy and distribute a Modified Version of the Document under the conditions of sections 2 and 3 above, provided that you release the Modified Version under precisely this License, with the Modified Version filling the role of the Document, thus licensing distribution and modification of the Modified Version to whoever possesses a copy of it. In addition, you must do these things in the Modified Version:

- **A.** Use in the Title Page (and on the covers, if any) a title distinct from that of the Document, and from those of previous versions (which should, if there were any, be listed in the History section of the Document). You may use the same title as a previous version if the original publisher of that version gives permission.
- **B.** List on the Title Page, as authors, one or more persons or entities responsible for authorship of the modifications in the Modified Version, together with at least five of the principal authors of the Document (all of its principal authors, if it has fewer than five), unless they release you from this requirement.
- **C.** State on the Title page the name of the publisher of the Modified Version, as the publisher.
- **D.** Preserve all the copyright notices of the Document.
- **E.** Add an appropriate copyright notice for your modifications adjacent to the other copyright notices.
- **F.** Include, immediately after the copyright notices, a license notice giving the public permission to use the Modified Version under the terms of this License, in the form shown in the Addendum below.
- **G.** Preserve in that license notice the full lists of Invariant Sections and required Cover Texts given in the Document's license notice.
- **H.** Include an unaltered copy of this License.
- **I.** Preserve the section Entitled "History", Preserve its Title, and add to it an item stating at least the title, year, new authors, and publisher of the Modified Version as given on the Title Page. If there is no section Entitled "History" in the Document, create one stating the title, year, authors, and publisher of the Document as given on its Title Page, then add an item describing the Modified Version as stated in the previous sentence.
- **J.** Preserve the network location, if any, given in the Document for public access to a Transparent copy of the Document, and likewise the network locations given in the Document for previous versions it was based on. These may be placed in the "History" section. You may omit a network location for a work that was published at least four years before the Document itself, or if the original publisher of the version it refers to gives permission.
- **K.** For any section Entitled "Acknowledgements" or "Dedications", Preserve the Title of the section, and preserve in the section all the substance and tone of each of the contributor acknowledgements and/or dedications given therein.
- **L.** Preserve all the Invariant Sections of the Document, unaltered in their text and in their titles. Section numbers or the equivalent are not considered part of the section titles.
- **M.** Delete any section Entitled "Endorsements". Such a section may not be included in the Modified Version.
- **N.** Do not retitle any existing section to be Entitled "Endorsements" or to be conflated in title with any Invariant Section.
- **O.** Preserve any Warranty Disclaimers.

If the Modified Version includes new front-matter sections or appendices that qualify as Secondary Sections and contain no material copied from the Document, you may at your option designate some or all of these sections as invariant. To do this, add their titles to the list of Invariant Sections in the Modified Version's license notice. These titles must be distinct from any other section titles.

You may add a section Entitled "Endorsements", provided it contains nothing but endorsements of your Modified Version by various parties—for example, statements of peer review or that the text has been approved by an organization as the authoritative definition of a standard.

You may add a passage of up to five words as a Front-Cover Text, and a passage of up to 25 words as a Back-Cover Text, to the end of the list of Cover Texts in the Modified Version. Only one passage of Front-Cover Text and one of Back-Cover Text may be added by (or through arrangements made by) any one entity. If the Document already includes a cover text for the same cover, previously added by you or by arrangement made by the same entity you are acting on behalf of, you may not add another; but you may replace the old one, on explicit permission from the previous publisher that added the old one.

The author(s) and publisher(s) of the Document do not by this License give permission to use their names for publicity for or to assert or imply endorsement of any Modified Version.

#### 5. COMBINING DOCUMENTS

You may combine the Document with other documents released under this License, under the terms defined in section 4 above for modified versions, provided that you include in the combination all of the Invariant Sections of all of the original documents, unmodified, and list them all as Invariant Sections of your combined work in its license notice, and that you preserve all their Warranty Disclaimers.

The combined work need only contain one copy of this License, and multiple identical Invariant Sections may be replaced with a single copy. If there are multiple Invariant Sections with the same name but different contents, make the title of each such section unique by adding at the end of it, in parentheses, the name of the original author or publisher of that section if known, or else a unique number. Make the same adjustment to the section titles in the list of Invariant Sections in the license notice of the combined work.

In the combination, you must combine any sections Entitled "History" in the various original documents, forming one section Entitled "History"; likewise combine any sections Entitled "Acknowledgements", and any sections Entitled "Dedications". You must delete all sections Entitled "Endorsements".

#### 6. COLLECTIONS OF DOCUMENTS

You may make a collection consisting of the Document and other documents released under this License, and replace the individual copies of this License in the various documents with a single copy that is included in the collection, provided that you follow the rules of this License for verbatim copying of each of the documents in all other respects.

You may extract a single document from such a collection, and distribute it individually under this License, provided you insert a copy of this License into the extracted document, and follow this License in all other respects regarding verbatim copying of that document.

#### 7. AGGREGATION WITH INDEPENDENT WORKS

A compilation of the Document or its derivatives with other separate and independent documents or works, in or on a volume of a storage or distribution medium, is called an "aggregate" if the copyright resulting from the compilation is not used to limit the legal rights of the compilation's users beyond what the individual works permit. When the Document is included in an aggregate, this License does not apply to the other works in the aggregate which are not themselves derivative works of the Document.

If the Cover Text requirement of section 3 is applicable to these copies of the Document, then if the Document is less than one half of the entire aggregate, the Document's Cover Texts may be placed on covers that bracket the Document within the aggregate, or the electronic equivalent of covers if the Document is in electronic form. Otherwise they must appear on printed covers that bracket the whole aggregate.

#### 8. TRANSLATION

Translation is considered a kind of modification, so you may distribute translations of the Document under the terms of section 4. Replacing Invariant Sections with translations requires special permission from their copyright holders, but you may include translations of some or all Invariant Sections in addition to the original versions of these Invariant Sections. You may include a translation of this License, and all the license notices in the Document, and any Warranty Disclaimers, provided that you also include the original English version of this License and the original versions of those notices and disclaimers. In case of a disagreement between the translation and the original version of this License or a notice or disclaimer, the original version will prevail.

If a section in the Document is Entitled "Acknowledgements", "Dedications", or "History", the requirement (section 4) to Preserve its Title (section 1) will typically require changing the actual title.

#### 9. TERMINATION

You may not copy, modify, sublicense, or distribute the Document except as expressly provided for under this License. Any other attempt to copy, modify, sublicense or distribute the Document is void, and will automatically terminate your rights under this License. However, parties who have received copies, or rights, from you under this License will not have their licenses terminated so long as such parties remain in full compliance.

#### 10. FUTURE REVISIONS OF THIS LICENSE

The Free Software Foundation may publish new, revised versions of the GNU Free Documentation License from time to time. Such new versions will be similar in spirit to the present version, but may differ in detail to address new problems or concerns. See <http://www.gnu.org/copyleft/>.

Each version of the License is given a distinguishing version number. If the Document specifies that a particular numbered version of this License "or any later version" applies to it, you have the option of following the terms and conditions either of that specified version or of any later version that has been published (not as a draft) by the Free Software Foundation. If the Document does not specify a version number of this License, you may choose any version ever published (not as a draft) by the Free Software Foundation.

#### ADDENDUM: How to use this License for your documents

To use this License in a document you have written, include a copy of the License in the document and put the following copyright and license notices just after the title page:

Copyright (c) YEAR YOUR NAME.

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document

under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2

or any later version published by the Free Software Foundation;

with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts.

A copy of the license is included in the section entitled

"GNU Free Documentation License".

If you have Invariant Sections, Front-Cover Texts and Back-Cover Texts, replace the "with...Texts." line with this:

with the Invariant Sections being LIST THEIR TITLES, with the

Front-Cover Texts being LIST, and with the Back-Cover Texts being LIST.

If you have Invariant Sections without Cover Texts, or some other combination of the three, merge those two alternatives to suit the situation.

If your document contains nontrivial examples of program code, we recommend releasing these examples in parallel under your choice of free software license, such as the GNU General Public License, to permit their use in free software.